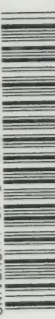


UNIVERSITY OF ST. MICHAEL'S COLLEGE



3 1761 01999358 3

Das Zentrum, wie es war,
♦ ♦ ♦ ist und bleibt
Von Dr. Julius Bachem —

Zweite, vermehrte Auflage

Köln 1913 Verlag und Druck von J. P. Bachem

Dr. Jul. Bachem

Das Zentrum,
wie es war,
ist und bleibt



Zeit- und Streitfragen
— der Gegenwart



Zweiter Band

Das Zentrum, wie es war, ist
und bleibt · Von Dr. Jul. Bachem

Das Zentrum

wie es war, ist und bleibt

Von Dr. Jul. Schem

Zweite, vermehrte Auflage



Köln 1913 · Verlag u. Druck von J. P. Schem



Alle Rechte vorbehalten

Verlags-Nr. 1001
(seit 1900)

**Den Zentrumsfraktionen
des Deutschen Reichstags und der deutschen Einzellandtage
gewidmet**



Inhalt.

	Seite
Vorwort	7
1. Gründung und Geschichte des Zentrums	9
2. Das Zentrum eine politische nichtkonfessionelle Partei	15
3. Der Turmartikel	23
4. Die Osterdienstagskonferenz	29
5. Die „allgemein-christliche Basis“	35
6. „Christliche Weltanschauung“ — „katholische Weltanschauung“	40
7. Fraktion des Zentrums und „katholische Weltanschauung“	50
8. Wie würde eine Definition des Zentrums im Roeren'schen Sinne wirken?	62
9. Stellung der nichtkatholischen Kreise gegenüber dem Zentrumsstreit	72
10. Die Organisationen der Zentrumspartei und die Definition der Osterdienstagskonferenz	76
11. Schluß	83





Vorwort.

Die gegenwärtige Veröffentlichung ist veranlaßt durch die vor einigen Wochen in Trier erschienene Schrift des Herrn Oberlandesgerichtsrats a. D. Hermann Roeren „Zentrum und Kölner Richtung“.

Nachdem alle maßgebenden Organisationen der deutschen Zentrumspartei den im Jahre 1909 von der sogenannten Osterdienstagskonferenz gemachten Versuch, eine Definition des Zentrums in ihrem Sinne durchzusetzen, in bestimmter Weise abgewiesen hatten, durfte man hoffen, daß die Erörterung über den Charakter des Zentrums zum Abschluß gelangt sei. Es war ja auch längere Zeit bezüglich dieser Erörterung so ziemlich Ruhe eingetreten.

Jetzt hat die angeführte Schrift des früheren Reichstags- und Landtagsabgeordneten Roeren den, wie er sich ausdrückt, „nun schon seit vier Jahren herrschenden Zentrumsstreit“ erneut behandelt. „In diesem Streit,“ so heißt es in dem Vorwort der Roerenschen Schrift weiter, sei „eine sachliche und endgültige Entscheidung zur unabwieslichen Notwendigkeit geworden.“

Von verschiedenen Seiten bin ich gedrängt worden, die Roerensche Schrift nicht ohne Entgegnung zu lassen. Ich habe geglaubt, dieser Aufgabe mich nicht entziehen zu dürfen. Mit der Geschichte der deutschen Zentrumspartei bin ich nun einmal seit deren Anfängen publicistisch und parlamentarisch eng verwachsen und zudem richtet sich die Roerensche Schrift an erster Stelle gegen die Kölnische Volkszeitung, deren Redaktion ich seit länger als vierzig Jahren angehöre.

Gleichzeitig glaube ich, mit der gegenwärtigen Veröffentlichung im Geiste Windthorst's zu handeln und gegenüber dem Andenken an den hervorragendsten katholischen Parlamentarier des vorigen Jahrhunderts, dem ich so viel verdanke, eine Ehrenpflicht zu erfüllen.

Ich habe mich bemüht, die Polemik gegen die Roerensche Schrift auf das möglichst geringe Maß zu beschränken und, ohne grund-

säßlicher Auseinandersetzung auszuweichen, den Schwerpunkt auf die praktisch-politischen Erwägungen zu legen. Ein gänzlicher Verzicht auf Polemik war durch die ganze Anlage der Roerenschen Schrift ausgeschlossen.

Meine Arbeit ist knapp gehalten. Die entscheidenden Gesichtspunkte können auch in knapper Fassung ausreichend zur Geltung gebracht werden.

Köln, 25. September 1913.

Der Verfasser.

Zur zweiten Auflage.

Die erste Auflage meiner Schrift hat innerhalb der Zentrums-
partei und der Zentrums-
presse eine freundliche Aufnahme und viel Be-
achtung gefunden. Daß aus maßgebenden Kreisen der Zentrums-
partei ein Widerspruch gegen meine Darlegungen laut geworden wäre, ist mir
nicht bekannt geworden.

Auch manche der Zentrums-
partei gegnerische Blätter haben sich
mit der Schrift beschäftigt. Wenn einzelne derselben aus der Schrift
einen Rückzug des Verfassers haben herauslesen wollen, so entspricht
das wohl mehr dem parteipolitischen Bedürfnis, als einer aus dem
Inhalt gewonnenen Ueberzeugung. Ich bin mir nicht bewußt, meine
Stellung in einem irgendwie wesentlichen Punkte geändert zu haben,
wenn ich auch meine grundsätzlichen Ausführungen an einzelnen Stellen
etwas genauer formuliert habe, als das in der publicistischen Tages-
arbeit möglich ist.

Die zweite Auflage ist in der Hauptsache unverändert geblieben,
nur sind in einzelnen Abschnitten, besonders im Abschnitt 7, Ergänzungen
vorgenommen worden, welche den Lesern erwünscht sein dürften.

Köln, 28. Oktober 1913.

Der Verfasser.



1. Gründung und Geschichte des Zentrums.

Als zu Beginn der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die ersten Anzeichen des sogenannten großen Kulturkampfes in die Erscheinung traten, wurden von den deutschen Katholiken die Zentrumsfraktionen des Preussischen Abgeordnetenhauses und des Deutschen Reichstages ins Leben gerufen. Diese Fraktionen setzten sich in erster Reihe die Aufgabe, die durch den Ansturm des Staatskirchentums bedrohte Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche sowie die Gleichberechtigung des katholischen Volksteiles zu verteidigen bezw. wiederzuerlangen.

Die Zentrumsfraktionen haben diese Aufgabe in einer Weise gelöst, welche für alle Zeiten und für alle Länder mit katholischer Bevölkerung vorbildlich ist. Sie sind denn auch sehr oft wegen der Hingabe, der Ausdauer und Umsicht bei Führung dieses weltbewegenden Kampfes auf parlamentarischem Boden gepriesen worden, nicht zum wenigsten in denjenigen Ländern, wo man aus diesem oder jenem Grunde dem Beispiel der deutschen Katholiken zu folgen bisher nicht vermochte. *Germania docet!*

Es war, wie bemerkt, kirchenpolitische Bedrängnis, welche das Zentrum ins Leben rief. Die Abwehr des staatskirchlichen Angriffes nahm das Zentrum in der ersten Zeit seines Bestehens fast ausschließlich in Anspruch; alles andere mußte davor zurücktreten. Handelte es sich doch in Wahrheit um einen Kampf um Sein oder Nichtsein der katholischen Kirche auf deutschem Boden.

In dem Hochgefühl glänzender Siege über den äußeren Feind und einer dadurch geschaffenen kaum geahnten Machtfülle glaubten die deutschen Staatsmänner, zugleich dem Drängen großer Parteien nachgebend, die katholische Kirche der sogenannten Staatsraison unbedingt dienstbar machen zu können. Der Versuch scheiterte, obwohl der bedeutendste Staatsmann, welchen Deutschland hervorgebracht hat, lange das Bollgewicht seiner überragenden Persönlichkeit und seines gewaltigen Einflusses dafür einsetzte.

Es ist hier nicht der Ort, den Verlauf dieses Kampfes und die Beteiligung des Zentrums an demselben im einzelnen darzustellen. Er ist in die Annalen der deutschen Geschichte mit weithin lesbaren Lettern eingeschrieben.

Als der Kulturkampf abflaute und ein Zugang zum kirchenpolitischen Frieden eröffnet war, nicht am wenigsten dank der Tätigkeit des Zentrums, konnte sich dieses mit vermehrtem Eifer den übrigen Staatsaufgaben widmen. Es hatte sich ihnen nie entzogen, aber seine volle Kraft war doch lange durch den kirchenpolitischen Kampf fast ausschließlich in Anspruch genommen gewesen. Auch die gesamte Betätigung des Zentrums auf den anderen Gebieten des parlamentarischen Lebens war eine fruchtbare und auf manchem, insbesondere dem sozialpolitischen Gebiete vorbildliche, wie von gerecht urteilenden Gegnern in vollem Maße anerkannt worden ist. Auch bezüglich dieser Betätigung muß hier auf eine eingehendere Darstellung verzichtet werden.

In lapidaren Sätzen hat bei der Feier des 40jährigen Bestehens der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages am 21. März 1911 in der Ruppelhalle des Reichstags der damalige Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Frhr. v. Hertling, die Hauptmomente der Geschichte der Fraktion seit ihrer Gründung zusammengefaßt. Diese Rede, welche für den Gegenstand der gegenwärtigen Veröffentlichung in verschiedenen Beziehungen von Bedeutung ist, möge nach stenographischer Aufzeichnung nachstehend folgen:

Vierzig Jahre Zentrumsparthei sind vierzig Jahre deutscher Geschichte. Ihr Ursprung geht zurück in die Zeit der Reichsgründung, in die Zeit, da der gewaltigste Staatsmann des vergangenen Jahrhunderts die Geschäfte Deutschlands, ja Europas in seiner Hand hielt. Auf den Schlachtfeldern Frankreichs war das neue Reich entstanden. In blutigem Kampfe hatten die getrennten deutschen Stämme Waffenbrüderschaft geschlossen; auch die bis dahin abseits gestanden, huldigten dem Kaiser.

Was durch glänzende Siege errungen war, mußte nun in friedlicher Arbeit ausgebaut werden. Das konnte nicht geschehen, ohne daß verschiedene Strömungen und Richtungen hervortraten. Pläne mit weitausschweifenden Hoffnungen stießen auf schmerzliche Erinnerungen und halbvernarbte Wunden. Waren doch nur einige Jahre vergangen, seit sich in Böhmen und am Main Deutsche feindlich gegenüber gestanden hatten.

Aus den deutschen Bundesstaaten war der alte Kaiserstaat ausgetreten, ein schöner Traum war die Hoffnung der Großdeutschen gewesen. Kleindeutschland unter dem Schutze Preußens war zur Wirklichkeit geworden.

Für Preußen bedeuteten die Ereignisse von 1870/71 das Ende der Konfliktzeit. Die liberalen Parteien machten ihren Frieden mit Bismarck. Die Gesinnungsgenossen aus Hannover und Kurhessen, auch die Süddeutschen schlossen sich an, waren sie doch alle mehr oder weniger Träger des deutschen Einheitsgedankens gewesen.

So ist die Zeit der Gründung des Deutschen Reiches zugleich die Zeit der Vorherrschaft der Liberalen Partei. Sie, welche Bismarck bekämpfte hatte, war jetzt die vornehmste Stütze seiner Politik. So verschaffte sie ihm die sichere Mehrheit im Reichstage.

Eine schwere Gefahr war damit heraufgezogen. Der Liberalismus ist seiner Natur nach zentralistisch und widerstrebt so der Eigenart des deutschen Volkes, welches die berechtigten Eigenarten seiner einzelnen Teile höher wertet als einförmige Schablonen.

Der Liberalismus ist der Vertreter des omnipotenten Staates. Ihm ist der Staat die einzige Quelle des Rechtes, und darum ist ihm nichts verhaßter als eine freie Kirche mit selbständiger Lebensgestaltung.

In den kleinen Staaten des Südens und des Westens war die Kirchenfeindlichkeit recht eigentlich als das leitende Motiv in der liberalen Ueberzeugung hervorgetreten. Ein anderes kam hinzu: in dem religiös gespaltenen Deutschland drohte jede politische Frage zu einer religiösen zu werden, eine Verschiebung der politischen Machtfaktoren wurde sofort auch als eine Verschiebung auf konfessionellem Gebiete empfunden. Wir Ältere haben es ja noch in der Erinnerung, wie der Sieg der preussischen Armee im Jahre 1866 geradezu als eine Niederlage des Katholizismus in Deutschland gefeiert wurde. So kam es, daß, als der Donner der Kanonen verhallte und die heimkehrenden Krieger überall den verdienten Kranz empfangen, weite Kreise des deutschen Volkes, und vor allem des katholischen Volksteiles, die Beforgnis erfüllte, die innere Ausgestaltung des Reiches werde einseitig im Geiste des Liberalismus geschehen und die deutschen Katholiken zögen

schweren Tagen entgegen. Und ebenso lag es in diesen Verhältnissen begründet, daß die leitenden Grundgedanken der neuen Zentrumspartei, diejenigen zugleich, welche alsbald den lautesten Widerhall fanden und im Volksbewußtsein die tiefsten Wurzeln schlugen, die Hochhaltung des Föderationsprinzips und das Eintreten für die Freiheit und die Unabhängigkeit der Kirche sein mußten.

An eine Oppositionspartei dachten die Gründer nicht. Es waren konservative Männer, zum Teil in hohen staatlichen Stellungen. Der Gegensatz gegen die Regierung wurde ihnen aufgedrängt, als Fürst Bismarck in Preußen und im Reiche den Kampf gegen den Organismus der katholischen Kirche unternahm, und so beginnt dann freilich die Geschichte der Zentrumspartei mit dem Kapitel: Das Zentrum in der Opposition. Je schärfer der Gegensatz wurde, desto enger knüpfte sich das Band zwischen den Vertretern in den Parlamenten und den Gesinnungsgenossen im Lande.

Mit tiefster Bewegung gedenken wir Ueberlebende heute jener Tage: ein froher Ernst, eine zu allen Opfern bereite mutvolle Gesinnung erfüllt die Anhänger der Zentrumspartei. Die grundsätzlichen Ausführungen Mallinckrodt's und Peter Reichenspergers wirkten wie befreiende Taten, an denen wir uns aufrichteten. Und auch der Schmerz flammt heute wieder auf, der uns durchzuckte, als in der Pfingstwoche 1874 von Berlin die Kunde kam, daß Mallinckrodt, unser Bannerträger, unser Führer im Streit, einer tödtlichen Krankheit erlegen sei.

Von nun an hatte Windthorst allein die Führung. Die Parlamentsgeschichte Deutschlands kennt keinen zweiten, den sie als Taktiker an seine Stelle stellen könnte. Weit ausschauend und klug berechnend, vorsichtig und energisch zugleich war er jeder Aufgabe gewachsen, wußte er Rat auch in den schwierigsten Situationen. Mit dem immer aufs neue wiederholten Antrag auf Freigebung des Messelebens und Sakramentenspendens schlug er Bresche in das System der Maßregeln, welche das Leben der katholischen Kirche unterbinden sollten. Unermüdet rang er mit seinem großen Gegner, bis Fürst Bismarck selbst sich entschloß, den Kulturkampf zu beenden und den Frieden mit der katholischen Kirche anzubahnen. War doch die politische Konstellation inzwischen eine andere geworden.

Fürst Bismarck brach mit der liberalen Partei. Langsam hatte der Bruch sich erweitert. Im Sommer 1879 trat er offen hervor, als es sich darum handelte, Deutschlands Wirtschaftsleben in neue Bahnen zu lenken und den gewaltigen Fortschritt der Folgezeit vorzubereiten. Da versagten die Liberalen unter Bennigsen's Führung. Das Zentrum wurde nun zur positiven Mitarbeit berufen.

Damit beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Fraktion. Neue Aufgaben waren zu lösen, aber auch bisher nicht vorhandene Schwierigkeiten zu überwinden. Wie oft hat Windthorst die erste Sorge geäußert, die wirtschaftlichen Fragen würden im Widerstreit der Interessen die Fraktion auseinandertreiben. Die Besorgnis hat sich nicht erfüllt. Das feste Band der Einheit, welches die vorangegangenen Kampfesjahre geschmiedet

hatten, hielt stand, denn nun stellte sich heraus, daß der Fraktion durch ihre Zusammensetzung ein bestimmtes Programm in wirtschaftlichen Fragen vorgezeichnet war.

Von Anfang an war sie stolz gewesen, daß ihre Vertreter alle Stämme und Gauen des Vaterlandes umfaßten, daß alle Stände und Berufsarten in ihr vereint waren, daß sie das Volk in seiner Gliederung repräsentierte und darum eine wirkliche Volkspartei sei. Daraus aber ergab sich die Notwendigkeit, in der Wirtschaftspolitik das anzustreben, was nicht einseitig diejer oder jener Interessengruppe frommt, sondern dem gesamten Volke zugute kommt, im Widerstreit der Interessen den Ausgleich und die Mittellinie zu suchen. (Lebhafte sehr richtig!) Möglich aber ist dies nur für eine Partei, welche in sich die Mittel besitzt, den Egoismus der verschiedenen Gruppen zu überwinden. Dies Mittel ist die christliche Weltanschauung, auf deren Boden sich das Zentrum zusammengefunden hat. Wir haben niemals einseitig konfessionelle Politik getrieben, wenn wir auch infolge der geschichtlichen Entwicklung die parlamentarische Vertretung des katholischen Volksteiles geblieben sind. Wohl aber müssen wir uns dessen bewußt sein, daß wir nur solange zentrifugalen Strömungen erfolgreich widerstehen werden, als die Grundlagen des positiven Christentums in uns lebendig sind. (Lebhafte Bravo!)

Zur Wirtschaftspolitik kam die Sozialpolitik. Ursprünglich im Gegensatz zum Fürsten Bismarck stehend, der für die Fragen des Arbeiterschutzes zu wenig Verständnis zeigte, hat das Zentrum sie späterhin durch erfolgreiche Mitarbeit in die Bahnen gefördert, welche die von Bismarck erstrebte kaiserliche Botschaft vom November 1881 vorgezeichnet hatte. In der Geschichte der Partei bildet die Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet eines der ruhmvollsten Kapitel. (Lebhafte Bravo!)

Man hat viel und heftig über die ausschlaggebende Stellung des Zentrums im Reichstage gescholten, und es als eine drückende Anomalie bezeichnet, daß eine Minoritätspartei zu solcher Macht gelangt sei. Wir haben diese Macht niemals überschätzt, sondern sind uns ihrer Grenzen jederzeit sehr wohl bewußt gewesen. Wenn aber das Zentrum eine ausschlaggebende Stellung besaß, so lag dies keineswegs an der Gestaltung der Parteiverhältnisse, sondern ganz besonders daran, daß es in sich alle Elemente des Volkslebens besaß, daß es gleichsam der Mikrokosmos des Reichstages war (Lebhafte Beifall) und so, nachdem es zuerst in sich die Gegensätze überwunden hatte, die Linie anzugeben vermochte, auf welcher die übrigen Parteien sich zusammenfinden konnten. Die Berufung zu positiver Mitarbeit und ausschlaggebender Stellung brachte es aber auch mit sich, daß im Zentrum das Gefühl der Verantwortlichkeit aufs äußerste geschärft wurde.

Oppositionsparteien dürfen doktrinär sein, sie mögen Forderungen erheben, deren Undurchführbarkeit für jeden nüchternen Beobachter außer Zweifel ist, und andere ablehnen, deren Unabweisbarkeit von denen anerkannt werden muß, denen die Verantwortung für das Wohl und Wehe

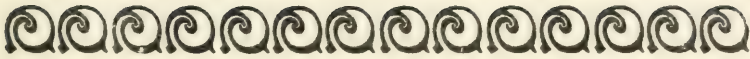
des Vaterlandes obliegt. (Sehr richtig!) Auch pflegt die oppositionelle Stellung, wenn sie sich zuerst auch nur gegen einen Punkt richtet, Tendenzen und Empfindungen zu erzeugen, welche geneigt machen, das bequeme Nein möglichst oft in Anwendung zu bringen. (Sehr richtig!) So kann es nicht wundernehmen, daß das Zentrum in der ersten Periode seiner Geschichte dem Militarismus schroff ablehnend gegenüberstand und jahrelang der Steigerung des Armeebudgets einen zähen Widerstand entgegensetzte. 1887 und 1893 ist es darüber zur Auflösung des Reichstages gekommen. Dieser ablehnende Standpunkt konnte und durfte nicht festgehalten werden. Heute rühmen wir uns, daß die Ausgestaltung unserer Flotte wesentlich unter Mitwirkung des Zentrums zustande kam. (Lebhafter Beifall.) Wenn es insbesondere Dr. Lieber gewesen ist, der hierzu die Hand bot, so danken wir es auch seiner erfolgreichen Mitarbeit, daß ihre Ausgestaltung auf eine feste gesetzliche Basis gestellt und dadurch der unerquickliche Zustand der vorvergangenen Jahre beseitigt wurde, wo man leidenschaftlich über ein einzelnes Schiff hin und her gestritten hatte. Auch der Kolonialpolitik sind wir anfangs nur zögernd und ungern gefolgt, bis wir uns überzeugt hatten, daß eine solche für Deutschlands Machtstellung unentbehrlich sei. (Beifall.)

Nun muß ich des Wechsels in der äußeren Stellung der Fraktion gedenken. Im Jahre 1895 trat ein, was wir nicht erhofft hatten: das Zentrum mußte den Präsidenten des Reichstages stellen. Von 1898 ab, acht Jahre lang, hat Graf Balloestrem mit dem vollen Glanze seiner seltenen Persönlichkeit diese Stellung eingenommen.

Soll ich nun auch ein Wort über die Vera Bülow, die Blockzeit und die Finanzreform sagen? Ich glaube, diese Dinge sind noch so frisch in Ihrer Erinnerung, daß ich sie übergehen kann.

Und nun das Fazit aus dem flüchtigen Ueberblick aus der Geschichte der Partei. Ein alter Satz besagt, daß die Dinge von den großen Faktoren erhalten werden, die sie entstehen ließen. Ideale Beweggründe haben seinerzeit das Zentrum zusammengeführt, und sie verbürgen ihm längere Dauer und langen Bestand. Nur aus ihnen stammt ihm die Einigkeit und damit die Macht. Wir sind nichts, wenn der einzelne seinen Sonderbestrebungen nachgeht, statt sich dem großen Ganzen unterzuordnen. Möge das heutige Fest in uns allen diese Ueberzeugung neu beleben. Auch in Zukunft werden die politischen Aufgaben wechseln, neue Probleme werden neue Lösungen fordern, unverrückbar aber bleiben die glänzenden Leitsterne, von denen die alte Zentrumsdevise lautet: Ewig ist die Wahrheit, unbeugbar das Recht, unbefleglich die auf sittlichem Grunde ruhende Freiheit. So lange die Partei diesen Leitsternen folgt, wird sie bestehen.





2. Das Zentrum eine politische nichtkonfessionelle Partei.

Obwohl ausschließlich von Katholiken, und zwar fest auf dem Boden ihres Bekenntnisses stehenden Katholiken, zur Verteidigung der kirchlichen Freiheit gegründet, ist das Zentrum doch nicht als katholisch-konfessionelles Gebilde ins Leben gerufen, sondern von vornherein sorgfältig auch der Schein vermieden worden, daß es ein solches sein solle. Darum gab man der Fraktion einen rein parlamentarischen Namen, obwohl der Gedanke nahe gelegen hätte, das Zentrum als eine Fortsetzung der „Katholischen Fraktion“ hinzustellen, welche in den 1850er Jahren gegen die von der damaligen konservativen Mehrheit des Preussischen Landtages vertretene verfassungswidrige Theorie vom „evangelischen Staate Preußen“ den Kampf geführt, und zwar ehrenvoll geführt hatte. Aber das Dasein dieser „Katholischen Fraktion“ war nur von kurzer Dauer gewesen. Schon Mitte der sechziger Jahre zerfiel sie, nachdem politische Fragen, besonders die Frage der Heeresreorganisation in Preußen, in den Vordergrund getreten waren.

Als es sich um die Gründung des Zentrums handelte, fehlte es nicht an solchen, welche, an die Tradition der Katholischen Fraktion anknüpfend, auch deren Namen wieder aufnehmen wollten. Aber gerade die ehemaligen Führer dieser Fraktion, insbesondere die Brüder Reichensperger, widerrieten das Zurückgreifen auf den Namen Katholische Fraktion, weil sie die Erfahrung gemacht hatten,

daß schon dieser Name als eine Herausforderung auf die protestantische Mehrheit des deutschen Volkes wirkte und die Betätigung selbst auf dem kirchenpolitischen Gebiete zu erschweren geeignet war. Als der bedeutendste nachmalige Führer des Zentrums, Ludwig Windthorst, dem Zentrum beitrug, war dessen politischer nichtkonfessioneller Charakter bereits außer Zweifel gestellt. (Das Nähere darüber siehe: Dr. Ed. Hüsgen, Ludwig Windthorst, Neue Ausg. 1911, Köln, Bachem, S. 88 ff.)

Das Zentrum gab sich auch ein Programm, welches nirgends die Deutung zuläßt, als habe die Fraktion als konfessionelle Gruppe im Deutschen Reichstag und im Preussischen Abgeordnetenhaus sich konstituieren wollen. Das kurze Programm der Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses lautete: „Die Fraktion stellt sich zur besonderen Aufgabe, für Aufrechterhaltung und organische Fortbildung verfassungsmäßigen Rechtes im allgemeinen und insbesondere für die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und ihrer Institutionen einzutreten. Die Mitglieder derselben suchen dieser Aufgabe auf dem Wege freier Verständigung zu entsprechen, und soll die Freiheit des einzelnen in bezug auf seine Abstimmung keine Beeinträchtigung erleiden.“

Und das Programm der Reichstagsfraktion des Zentrums lautete:

1. Der Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates soll gewahrt, demgemäß den Bestrebungen, welche auf eine Aenderung des föderativen Charakters der Reichsverfassung abzielen, entgegengewirkt und von der Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit der einzelnen Staaten in allen inneren Angelegenheiten nicht mehr geopfert werden, als das Interesse des Ganzen unabweislich fordert.

2. Das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen ist nach Kräften zu fördern; für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches ist die verfassungsmäßige Feststellung von Garantien zu erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen.

3. Die Fraktion verhandelt und beschließt nach diesen Grundsätzen über alle im Reichstage zur Erörterung kommenden Gegenstände, ohne daß übrigens den einzelnen Mitgliedern der Fraktion verwehrt wäre, im Reichstag ihre Stimme abweichend von dem Fraktionsbeschlusse abzugeben.

Auf Grund dieses Programms sind den Zentrumsfraktionen alsbald nach deren Gründung auch eine Anzahl nichtkatholische Abgeordnete als Mitglieder oder Hospitanten beigetreten. Im Deutschen Reichstage waren es zeitweise zehn, im Preussischen Abgeordnetenhaufe vier, darunter so hervorragende Persönlichkeiten wie der Appellationsgerichtspräsident a. D. v. Gerlach, der frühere Führer der konservativen Fraktion und politische Lehrer Bismarcks, und besonders der frühere Unterstaatssekretär im hannoverschen Unterrichtsministerium Dr. Brüel, über den ich in meinen „Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers“ (Köln 1913, S. 78) auf Grund genauester Kenntnis seiner Persönlichkeit und seiner Tätigkeit geschrieben habe:

Mit wahrer Verehrung gedenke ich des Geheimrats Dr. Brüel, eines der geistig hervorragendsten Mitglieder des Hauses und eines der wertvollsten Mitglieder des Zentrums. Dr. Brüel stand Windthorst schon aus der hannoverschen Zeit nahe. Der große Führer des Zentrums schätzte seinen klugen Landsmann ganz außerordentlich. Wie recht er damit hatte, erkannten die übrigen Mitglieder der Fraktion immer mehr und mehr. Dr. Brüel hat im Kampfe gegen das andrängende Staatskirchentum eine nicht hoch genug zu würdigende Rolle gespielt. Er hat manchen Antrag eingebracht, den das Zentrum nicht wohl einbringen, für den es aber doch nach Ablehnung seiner eigenen Anträge stimmen konnte, der jedenfalls der Zentrumsaktion die Wege ebnete. Allgemein galt Dr. Brüel als eines der kenntnisreichsten und scharfsinnigsten Mitglieder der Volksvertretung. Seine Meisterschaft in der Formulierung von Anträgen und Gesetzesvorschlägen war unübertroffen, und es wurde von allen Seiten davon Gebrauch gemacht. Auch nach der Charakterseite gehörte Dr. Brüel zu den ausgezeichnetsten Männern seiner Zeit. Der Ernst und die Tiefe seiner christlichen Lebensanschauung wirkte auf jeden, der mit ihm in engere Berührung kam. In den historisch-politischen Blättern habe ich Dr. Brüel seinerzeit einen eingehenden Nachruf gewidmet, zu dem mir seine Tochter das Material (eigene Aufzeichnungen Brüels) unter der Bedingung zur Verfügung gestellt hatte, daß ich seine treu lutherische Gesinnung hervorhebe. Das habe ich getan. Diese Gesinnung hat aber Brüel nie gehindert, mit den katholischen Fraktionsgenossen einträchtig im Parlament Hand in Hand zu gehen. Er hat an den geheimsten Beratungen der Fraktion teilgenommen und sich überzeugen können, daß auch in den erregtesten Zeiten des Kulturkampfes vom Zentrum nie etwas gesehen ist, was die Evangelischen als solche hätte verletzen können.

Trotz alledem ist von den verschiedenartigen Gegnern des Zentrums immer und immer wieder behauptet worden, daß das

Zentrum eine katholisch-konfessionelle Fraktion sei, welche nur ein politisches Mäntelchen sich umgehungen habe, im letzten Grunde aber lediglich katholisch-kirchliche Zwecke verfolge und diesen alles unterordne, so daß es sich als ein Fremdkörper im deutschen politischen Leben darstelle.

Manche Gegner werden von der Richtigkeit dieser Auffassung überzeugt gewesen sein, manche haben wohl wider besseres Wissen daran festgehalten, andere aber auch, durch die Erfahrungen des öffentlichen Lebens belehrt, ihren Irrtum rückhaltlos anerkannt.

Aber weite Kreise halten auch heute noch zähe daran fest, daß das Zentrum eine konfessionelle Fraktion sei, weil sie wissen, daß nach Lage der Verhältnisse in Deutschland die Behauptung von einem konfessionell-katholischen Charakter des Zentrums die wirksamste Waffe gegen die Fraktion und das beste Mittel ist, derselben die Wahrung der berechtigten Interessen des katholischen Volksteils, welche nach wie vor eine Hauptaufgabe des Zentrums ist, zu erschweren und unmöglich zu machen.

Darum sind die Führer des Zentrums immer wieder in die Lage gekommen, den politischen nichtkonfessionellen Charakter der Fraktion zu betonen. Alle Führer des Zentrums haben dieses getan, auch der eine oder andere, der, wie Hermann v. Mallinckrodt, anfangs noch ganz in den Traditionen der Katholischen Fraktion lebte.

Die bezeichnendsten Kundgebungen von Zentrumsführern über diesen Punkt sind:

Windthorst erklärte am 31. Januar 1872 gegenüber dem Fürsten Bismarck:

Die Fraktion, der ich angehöre, ist keine Konfessionelle, das Programm derselben ist öffentlich bekannt gemacht und wir haben auf Grund desselben jeden eingeladen, der diese Grundsätze annehmen will. Und wer darauf akzeptierend eintritt, ist uns willkommen, welcher Konfession er immer angehöre.

Am Tage darauf erklärte der Abgeordnete v. Mallinckrodt:

Wir haben Ihnen drei- und viermal gesagt: Wir sind keine konfessionelle Fraktion, wir wollen es auch nicht sein, wir sind es

prinzipiell nicht nach unserem Programm, wir sind es tatsächlich nicht, insofern als wir im Reichstag auch protestantische Mitglieder zählen.

Bischof v. Ketteler sagte in seiner 1872 erschienenen Schrift: Die Zentrumsfraktion auf dem ersten Deutschen Reichstage (S. 16):

Die Zentrumsparthei ist so weit davon entfernt eine exklusiv katholische zu sein, daß die entschiedensten Anhänger des Protestantismus, wenn sie nur auf dem Boden des positiven Rechts in der rechtlichen Parität stehen, ihr angehören und in dieser Beziehung alle ihre Forderungen und Bestrebungen teilen können.

Ferner gab Bischof v. Ketteler (in der obenerwähnten Schrift) der Hoffnung Ausdruck:

es könne „die Zentrumsfraktion von großer Bedeutung für Deutschlands Zukunft werden, wenn sich auf dem Grunde der oben entwickelten Prinzipien jene Männer, Katholiken wie Protestanten, friedlich vereinigten, welche in der Trennung des Deutschen Reiches vom Boden des Christentums den Keim des Verderbens erkennen und welche zugleich, solange wir nun einmal im Glauben getrennt sind, für das friedliche Zusammenleben im gemeinsamen Vaterlande eine feste und rechtliche Grundlage suchen“.

Peter Reichensperger erklärte in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Dezember 1873 gegenüber Denunzianten der damaligen Zeit:

. . . Oder wenn Sie das aus Gewissensangst für uns nicht wollen, warum denunzieren Sie uns denn nicht in Rom? Das auswärtige Ministerium kennt ja den Weg dieser Denunziation der Fraktion des Zentrums in Rom. Er ist ja ausweislich der Frankenbergischen Korrespondenz betreten worden, und wir haben damals geantwortet, erstens wir glaubten gar nicht an unsere Desavouierung in Rom, — und sie hat sich ja auch als eine Unwahrheit erwiesen, — und ich habe zweitens erwidert, wir hätten, wenn sie dennoch wahr sein könnte, unsere rein politische Haltung im Landtag nicht nach der Billigung oder Mißbilligung, sei es des Kardinalstaatssekretärs, sei es selbst Sr. Heiligkeit des Papstes, einzurichten. Das ist meine Erklärung, meine Antwort gewesen, bevor noch die uns rechtfertigende Antwort aus Rom gekommen ist. Es versteht sich ja auch ganz von selbst, daß wir unsere politischen Pflichten dem Lande gegenüber nach eigenem freien Ermessen zu beurteilen haben, und daß darin Rom weder die Prävention macht, noch je dazu übergegangen ist, uns irgend zu inhibieren . . .

Der Führer der Zentrumsfraktion nach Windthorst's Tode, Dr. Lieber, schrieb im Jahre 1896, als sich, wie heute, bei einzelnen Katholiken die Absicht geltend machte, dem politischen

Zentrum einen konfessionellen Charakter zu geben, an den Fürsten Karl zu Löwenstein:

Ich stehe und falle mit der Ueberzeugung, das Zentrum wird politische Partei sein, oder es wird auch für die kirchlichen und katholischen Interessen, Freiheiten und Rechte wertlos sein . . .

Am 21. Februar 1898 erteilte Dr. Lieber aus dem Reichstag einem Parteifreund in Hagen i. W., welcher ihm die Frage vorgelegt hatte, ob ein in Hagen zu begründender oder auszubauender Zentrumsverein lediglich aus Katholiken bestehen dürfe, folgende Antwort:

Das Zentrum ist keine religiöse, keine konfessionelle, keine kirchliche, sondern eine politische Partei. Mit diesem, im ganz bewußten und entschiedenen Gegensatz zur alten „Katholischen Fraktion“ genommenen und jederzeit klar und bestimmt behaupteten Standpunkte steht und versinkt es selbst. Nicht der „Katholik“, sondern der „Anhänger des Parteiprogramms“, wie es in Satzungen und Wahlausrufen seit 1870 fest beschlossen niedergelegt ist, muß zur Mitgliedschaft verlangt, aber auch zugelassen werden. Dr. Brüel und v. Gerlach, der Heidelberger Rechtsanwalt Schulz, alle alten Hannoveraner waren wirkliche Mitglieder, nicht bloße Hospitanten der Fraktionen. Und was von diesen gilt, muß auch von den Zentrums-Bereinen festgehalten werden.

Der gegenwärtige Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstags, Dr. Spahn, sagte in einer Zentrumsversammlung zu Bonn am 28. Dezember 1909 u. a. (Vgl. Hoeber, Der Streit um den Zentrumscharakter, Köln 1912, S. 118):

Bei der Gründung der Zentrumsfraktion beteiligten sich Protestanten, nicht bloß Hannoveraner, sondern auch Preußen und Badener. Die Einleitung des Kulturkampfes durch Bismarck stieß bei diesen vom Standpunkte ihrer Religionsgesellschaften aus auf nicht minderen Widerspruch wie seitens ihrer katholischen Fraktionskollegen . . . In voller Würdigung der Verhältnisse haben die Gründer der Zentrumsfraktion diese auf den Verfassungsboden gestellt und jeden konfessionellen Charakter abgestreift; sie haben umgekehrt die Zugehörigkeit Evangelischer zur Fraktion aus sachlichen Gründen begrüßt. Diese Zugehörigkeit würde prinzipiell unmöglich werden, wenn die Konfessionalisierungsbestrebungen von Erfolg begleitet wären. Mit ihnen würden wir den Charakter unserer Partei zu unserem eigenen Schaden verändern.

Die fortgesetzten und wohlberechneten Bemühungen der Gegner, das Zentrum als konfessionelle, lediglich den Interessen der katho-

lischen Kirche dienende Fraktion hinzustellen, legten selbstverständlich auch der Zentrumspreſſe die Verpflichtung auf, den nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums zu betonen und alle Versuche, auch denen im eigenen Lager, entgegenzutreten, welche in dieser Beziehung einen falschen Schein zu erwecken und damit den Gegnern Waffen in die Hände zu liefern geeignet waren. In besonderem Maße lag diese Verpflichtung der Kölnischen Volkszeitung ob, die von den Gegnern so oft als führendes Presseorgan der Zentrumsparthei angesprochen wird und im nächsten Bereich desjenigen großen liberalen Blattes erscheint, welches wohl am eifrigsten und hartnäckigsten mit dem angeblichen konfessionellen Charakter des Zentrums operiert. Die Kölnische Volkszeitung hat dieser Taktik unablässig entgegentreten müssen, obwohl es ihr nicht verborgen bleiben konnte, daß manche katholische Kreise, welche bewußt oder unbewußt in den Traditionen der ehemaligen Katholischen Fraktion lebten und leben, ihr dies verübelten.

Große Verwunderung muß es aber erregen, daß auch Oberlandesgerichtsrat a. D. Roeren in seiner erwähnten Schrift „Zentrum und Kölner Richtung“ aufs neue, ohne Einspruch dagegen zu erheben, den gegen die Kölnische Volkszeitung erhobenen Vorwurf erwähnt, sie habe den nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums zu häufig betont, da Oberlandesgerichtsrat Roeren seinerzeit selbst, und zwar in den Spalten der Kölnischen Volkszeitung, erklärt hat, daß die Kölnische Volkszeitung gar nicht anders handeln könne. In Nr. 913 der Kölnischen Volkszeitung vom 25. Oktober 1906 findet sich nämlich folgende von dem damaligen Reichstagsabgeordneten Roeren erlassene Erklärung:

Wie ich aus den Blättern ersehe, ist die Rede, welche ich auf dem Trierer Parteitag der Zentrumsparthei gehalten habe, in dem Passus, welcher von dem Charakter der Zentrumsparthei handelte, völlig mißverstanden worden. So wurde z. B. berichtet, ich habe gesagt, das Zentrum sei eine katholische Partei, und es sei mir einerlei, ob das Zentrum als eine konfessionelle oder nichtkonfessionelle Partei betrachtet werde. Demgegenüber gebe ich zunächst die betreffenden Ausführungen meiner Rede nach genauer Aufzeichnung nachstehend wieder.

Es folgt die Wiedergabe der betreffenden Stelle der Rede, in welcher Herr Roeren ausdrücklich erklärt, daß das Zentrum keine konfessionelle Partei sei, und dann heißt es wörtlich weiter:

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß die Kölnische Volkszeitung völlig recht hatte, wenn sie sofort bemerkte, daß ich die oben erwähnten Sätze nicht gesprochen haben könne und tatsächlich nicht gesprochen habe. In meiner Rede findet sich nun die Stelle: ich verstehe es nicht, wie man sich vielfach auf unserer Seite gerade jetzt so fortgesetzt abmüht gegenüber der Behauptung unserer Gegner, wir seien eine konfessionelle, also katholische Partei, zu versichern und zu beweisen, wir seien eine nichtkonfessionelle Partei. Man sagt mir, diese Stelle sei mehrfach als gegen die Kölnische Volkszeitung gerichtet aufgefaßt worden. Ich lege Wert darauf, hierdurch auf das Bestimmteste zu erklären, daß dies in keiner Weise zutrifft. Der Gedanke an die Kölnische Volkszeitung hat mir hierbei so fern gelegen, daß ich es im Gegenteil als Aufgabe eines führenden Blattes der Zentrumspartei anerkenne und von einem solchen verlange, daß es dem offensichtlichen Bestreben, die Zentrumspartei als konfessionelle Partei hinzustellen, bei jeder Gelegenheit entschieden entgegentrete, damit über den Charakter der Zentrumspartei falsche Anschauungen sich nicht festsetzen und gegen die Zentrumspartei und ihr Verhältnis zu den anderen Parteien sowie gegen ihre Gesamtpstellung in unserem öffentlichen Leben ausgenützt werden.

Was mir aber unnötig erscheint — und dagegen war mein Satz gerichtet — ist die neuerdings beliebte Behandlung dieser Frage an Stellen, wo sie nicht hingehört und nur Verwirrung anstiften kann, namentlich in kleineren Versammlungen und Blättern lokalen Charakters, wo weder die Notwendigkeit einer Behandlung dieser Frage vorliegt, noch ein ausreichendes Verständnis für deren Tragweite vorausgesetzt werden kann. Daß das Zentrum eine politische Partei immer war, ist und sein muß, habe ich in meinen Trierer Ausführungen mit hinreichender Deutlichkeit mehrfach betont.

Herr Roeren setzt sich also im August 1913 in Widerspruch mit dem, was er 1906 öffentlich erklärt hat.



3. Der Turmartikel.

Die Hege gegen das Zentrum wegen seines angeblichen konfessionellen Charakters hatte mit besonderer Leidenschaft im Jahre 1905 wieder eingesetzt. Das gab mir Veranlassung, in Heft 5 der Münchener Historisch-politischen Blätter vom 1. März 1906 einen Artikel mit der Ueberschrift: „Wir müssen aus dem Turm heraus“ zu veröffentlichen und in Heft 7 derselben Blätter gegen inzwischen hervorgetretene Mißverständnisse zu schützen. Der Artikel warnte die deutschen Katholiken vor Ueberspannung des Konfessionalismus im öffentlichen Leben und betonte im Hinblick auf verschiedene Entgleisungen in Wort und Schrift die Notwendigkeit, auf katholischer Seite alles zu vermeiden, was den Schein erwecken könnte, als ob das Zentrum trotz aller gegenteiligen Versicherungen seiner Führer dennoch eine katholische Fraktion sei. (Der Wortlaut des Turmartikels ist abgedruckt bei Hoerber, Streit um den Zentrumscharakter, Köln 1912, Seite 16.)

Diesen Artikel habe ich allein zu vertreten; niemand sonst, auch nicht die Kölnische Volkszeitung, in welcher er ja nicht erschienen ist. Der Turmartikel ist nicht das Erzeugnis irgend einer Konferenz oder einer „Richtung“, sondern aus meiner eigenen und alleinigen Beurteilung der damaligen innerpolitischen Lage entstanden.

Es hat ziemlich lange gedauert, bis dieser Artikel in seiner eigentlichen Bedeutung erkannt worden ist. Das lag wohl hauptsächlich an dem Titel, welcher mehr versprach, als der Inhalt hielt; ferner daran, daß der Artikel etwas überraschend erschien, und

daß man sich dann vielfach gar nicht die Mühe gegeben hat, seinen Inhalt genau anzusehen. Noch vor einigen Jahren hat eine sehr hochstehende kirchliche Persönlichkeit und hat einer der ältesten und angesehensten Zentrumsabgeordneten sich von einem meiner Freunde den Artikel im Wortlaut ausgebeten, da man ihn doch auch einmal lesen möchte. Und wo einzelne Stellen aus dem Artikel zitiert wurden, ist nicht immer richtig zitiert worden.

Die am meisten angefochtene Stelle lautet, um sie noch einmal hierherzusetzen, wörtlich wie folgt:

Es muß unbedingt mit vermehrter Umsicht auf die Wahl von solchen Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses hingewirkt werden, welche gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet sind. Und zwar wird es m. E. gute Politik sein, solche Abgeordnete nicht nur in Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung zu unterstützen, sondern auch in einer Anzahl von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen kann.

Es konnte geschehen, daß ein großes katholisches Blatt, welches rasch mit der Polemik gegen meinen Turmartikel bei der Hand war, das sehr wesentliche Wort „vielleicht“ in dem Zitat einfach wegließ. Noch jetzt gibt Herr Roeren in seiner Schrift die vorangeführten Sätze in ihrem Sinne nicht ganz richtig wieder, wenn er das im übrigen genaue Zitat mit der Bemerkung einleitet (S. 11), ich wolle, daß man Abgeordnete protestantischen Bekenntnisses „vielleicht auch in zentrumsfähigeren Wahlkreisen wähle“. Ja, selbst nach dem Erscheinen der ersten Auflage meiner Schrift konnte noch ein an der Saar erscheinendes Blatt den wahlpolitischen Passus meines Turmartikels dahin mißdeuten: „in Zentrumskreisen“ sollten „Leute“ aufgestellt werden, die nur gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet seien, während doch in dem betr. Passus nicht von „Zentrumskreisen“ schlecht hin die Rede ist, sondern von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein „vielleicht“ die Mehrheit erlangen kann, also von unsicheren Wahlkreisen, wo der Ausgang zweifelhaft ist, wenn ein katholischer Zentrumskandidat auf-

gestellt wird. In solchen Wahlkreisen soll „mit vermehrter Umsicht“ auf die Aufstellung von Nichtkatholiken Bedacht genommen werden, welche „gute Fühlung“ mit dem Zentrum halten. Die einfache realpolitische Erwägung ist die: besser die sichere Wahl eines wohlmeinenden Nichtzentrumsmannes, als das unsichere Eintreten für eine reine Zentrumskandidatur.

Zugleich wird dadurch der nichtkonfessionelle Charakter des Zentrums ad oculos demonstriert. Man begegnet allerdings oft dem Einwande: alle auf seiten der deutschen Katholiken bezw. der Angehörigen der Zentrumspartei in die Erscheinung tretenden Bestrebungen, auf die Ueberspannung der konfessionellen Gegensätze im öffentlichen Leben mäßigend einzuwirken, hätten keinerlei Aussicht auf Erfolg, da auf der andern Seite die Verhetzung der Konfessionen im Interesse bestimmter Parteien ihren Gang weiter gehe. Gewiß, von heute auf morgen wird ein solcher Erfolg nicht eintreten; hier handelt es sich um einen Prozeß, der Zeit braucht. Das kann aber kein Grund sein, nicht zu tun, was das Gemeinwohl gebietet und was nicht zum wenigsten der konfessionellen Minderheit frommt. Schwer ist ja die Arbeit, und auch auf katholischer Seite wird sie durch Maßlosigkeiten oft erschwert. Aber vorwärts geht's doch! Man sehe auf Baden! Hier haben bei der eben getätigten Landtagswahl Tausende von Zentrumswählern wohlmeinenden nichtkatholischen Kandidaten schon im ersten Wahlgange die Stimme gegeben, um den Großblock zu sprengen; anderseits wird aber auch festgestellt, daß zahlreicher als bei irgend einer früheren Wahl nichtkatholische Wähler für Zentrumskandidaturen schon im ersten Wahlgange eingetreten sind. Was in Baden möglich war, wird auch in anderen Gebieten des Deutschen Reiches möglich sein. Man muß nur ein wenig Geduld haben!

Wenn nun Herr Roeren bei seiner Bezugnahme auf den Turmartikel fragt: Warum denn man unter der in meinem Artikel bezeichneten Voraussetzung auf die Wahl von Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses hinwirken solle? „Nur weil sie

nicht katholisch, sondern protestantisch sind?", so ist diese Frage zwar etwas spizig, aber sie ignoriert ganz und gar den Anlaß zu meinem Artikel, auf welchen auch Dr. Hoeber in seiner vorangeführten Schrift mit Recht (auf S. 15, 16) hinweist, indem er sagt:

Der Artikel, will man ihn zutreffend würdigen, muß in den Rahmen der zeitlichen Verhältnisse, denen er sein Entstehen verdankt, hineingestellt werden. Im Jahre 1905 besonders war die gesamte öffentliche Betätigung der deutschen Katholiken einer falschen, entstellenden und oft geradezu gehässigen Schätzung und Wertung ausgesetzt und auch die bündigsten und wohlmeinendsten Erklärungen und Kundgebungen auf katholischer Seite konnten keine Aenderung in dieser friedensstörenden Beurteilung herbeiführen. Unter dieser falschen Beurteilung hatte auch das Zentrum zu leiden, das die Gegner so gerne und so absichtsvoll als einseitig und ausschließlich konfessionelle Partei hinzustellen sich bemühten, um es dann um so leichter als verfassungswidrig und heimatunberechtigt, als willenloses Werkzeug der Bischöfe in allen staatlichen Dingen und als politische Soldtruppe Roms brandmarken und den Angriffen seiner Feinde preisgeben zu können.

Dieser Lage in unserem öffentlichen Leben konnte, wie Hoeber (S. 15) bemerkt, nur dadurch begegnet werden, „daß man noch mehr als bisher auf katholischer Seite, wie das ja berufene Wortführer und besonders nachdrücklich schon Windthorst verlangt hatten, hinaustrat unter die Andersgläubigen, die Andersdenkenden, die Anhänger anderer politischer, sozialer, wirtschaftlicher Grundsätze, Theorien und Ideale“. Daher meine Warnung vor einer Ueberspannung des Konfessionalismus im katholischen Lager und die Anregung, auch geeignete Kandidaten nichtkatholischen Bekenntnisses unter gewissen Umständen bei den Wahlen zu unterstützen.

Die Roerensche Schrift bemerkt, der Turmartikel sei fast von der ganzen Zentrums Presse zurückgewiesen worden. Die Kölner Volkszeitung soll ihn gewissermaßen durchgedrückt haben. Tatsächlich ist der Artikel in seinem wahlpolitischen Teile durch den Druck der gesamten innerpolitischen Entwicklung verwirklicht worden. In meinen Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers (Köln, 1912, S. 185 u. 186) habe ich darauf hinweisen können, daß die Kernsätze des Artikels bei den Wahlen der letzten Jahre in weitem Umfange sich durchgesetzt haben:

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1912, bei welcher es vor allem galt, das Zustandekommen einer Mehrheit aus der „bürgerlichen Linken“ und der Sozialdemokratie zu verhindern, sind infolge des Verzichts der Zentrumsparlei auf eigene Kandidaten nicht weniger als elf Hauptwahlsiege rechtsstehender Kandidaten und neun Stichwahlsiege von Kandidaten der Rechten zu buchen gewesen. Es ist dieser Verzicht in einer Anzahl von Wahlkreisen erfolgt, in welchen die Zentrumsparlei über die weitaus größte Stimmenzahl der beteiligten Parteien, in einigen, wo sie über mehr als 10 000 Stimmen verfügte. Wäre ganz lückenlos nach jener Taktik verfahren worden — in einzelnen Wahlkreisen war es wegen nicht hinlänglicher politischer Schulung der Wähler noch unmöglich —, so wäre eine Mehrheit der Linken im Reichstag nicht zustande gekommen, die heute, auch infolge der stärkeren Präsenzleistung der linksstehenden Parteien, vorhanden ist. (Bezüglich der Einzelheiten sei auf die in Nr. 555 der Köln. Volkszeitung vom Jahre 1912 veröffentlichte Statistik verwiesen.) Bei den vorigjährigen Landtagswahlen in Württemberg ist infolge entschlossener Anwendung der gleichen Taktik, wie ich sie im Jahre 1906 empfohlen hatte, die bisherige liberale Mehrheit der Zweiten Kammer gebrochen worden. Auch bei den diesjährigen Landtagswahlen in Preußen ist diese Taktik zur Geltung gelangt, und bei den im Herbst stattfindenden badischen Landtagswahlen wird sie ebenso zur Geltung gelangen.

Inzwischen sind am 21. Oktober 1913 die Landtagswahlen in Baden vollzogen worden, und zwar mit dem Erfolge, daß es gelungen ist, die bisherige Großblockmehrheit zu brechen. Die Zentrumsparlei, welche ihre bisher höchste Mandatziffer erreicht hat, brachte bei diesen Wahlen unter der weitsichtigen Führung des Stadtpfarrers Wacker von Bähringen die in meinem Turmartikel empfohlene Taktik auf der ganzen Linie zur Geltung.

Wie man aber auch den Turmartikel beurteilen möge — für den, ich wiederhole es, ich allein die Verantwortung zu tragen habe und gerne trage — zu grundsätzlichen Bedenken gibt er jedenfalls keinen Anlaß. In Nr. 648 der Kölnischen Volkszeitung vom 3. August 1909 schrieb ein hochangesehenes Mitglied der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages geistlichen Standes:

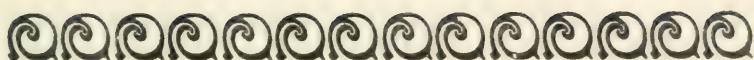
Mit dem Inhalt des Artikels in der Historisch-politischen Blättern: Aus dem Turm heraus! bin ich, wenn der Artikel richtig verstanden wird, durchaus einverstanden. Auch ich halte es für wünschenswert, daß wieder mehr hervorragende evangelische Mitglieder der Zentrumsfraktion angehören möchten, die auf Grund eigener Erfahrung Zeugnis ablegen könnten für die

loyale und ehrliche Führung der Zentrumspolitik. Dieses dürfte um so eher Eindruck machen, wenn es zugleich Männer wären, deren „nationale Gesinnung“ bei Freund und Feind zweifelsfrei bestände.

Und Universitätsprofessor Prälat Dr. Mausbach (Münster i. W.) hat in seinem viel beachteten Buche: „Die katholische Moral und ihre Gegner“, (3. Aufl. Köln, 1911) in dem der Erörterung über das Wesen des Zentrums gewidmeten Abschnitt bemerkt (S. 375):

Den Protestanten, sagt Eschackert, hat „die katholische Zentrumspartei“ durch ihre „ausschlaggebende“ Stellung fast 25 Jahre arge Verstimmung und Groll verursacht. Harnack beklagt die verderbliche Verquickung von Konfession und Politik, von der der Protestantismus sich freihalte, die große Mehrheit der katholischen Deutschen aber noch beherrscht sei. Sell hat, wenn er von einer „kurialen Politik“ spricht, die mit der Sozialdemokratie Wahlbündnisse schließe, ohne Zweifel dasselbe Zentrum im Auge. Gegenüber ähnlichen, von der politischen Presse unaufhörlich ausgeübten Vorwürfen schrieb Jul. Bachem 1906 seinen Artikel: Wir müssen aus dem Turm heraus! in den Historisch-politischen Blättern. Wenn die Ueberschrift mißverständlich war, so ging der Inhalt doch deutlich dahin, man solle den stets betonten politischen Charakter des Zentrums festhalten und gegenüber gewissen Unklarheiten, die an die faktische Zusammensetzung der Partei anknüpften, durch gelegentliche Wahl protestantischer, dem Zentrumsprogramm beitreter Abgeordneter schärfer dokumentieren. Als Ziel dieser Politik stellt Bachem keineswegs die Umwandlung des Zentrums in „eine rein wirtschaftliche Partei“ hin, auch nicht die Herstellung einer „homogenen Weltanschauung“ zwischen Katholiken und Protestanten, sondern nichts anderes als die wirksame, für Kirche und Vaterland segensreiche Durchführung des bisherigen Zentrumsprogramms.





4. Die Osterdienstagskonferenz.

Am Osterdienstag (13. April) 1909 hat in Köln eine von Kaplan Edmund Schopen, damals in Oberhausen, einberufene Besprechung katholischer Persönlichkeiten, unter ihnen die Reichstagsabgeordneten Koeren und Bitter, stattgefunden. Ueber die Verhandlung, welche der Ausgangspunkt der seit einigen Jahren unter den deutschen Katholiken bezw. innerhalb der deutschen Zentrumspartei stattgefundenen und stattfindenden Auseinandersetzungen gewesen ist, hat der Einberufer ein „Protokoll“ verfaßt. Dieses Protokoll wurde zwar von dem Vorsitzenden der Versammlung, dem damaligen Abgeordneten Bitter, öffentlich verleugnet und als „privates Nachwerk“ bezeichnet; die bestimmten einzelnen Ausführungen, welche besonders von sich reden machten, sind aber niemals als unzutreffend bestritten worden. Zudem hat Dr. Bitter selbst in einem Schreiben an Kaplan Schopen (abgedruckt bei Hoerber a. a. D. S. 104) diesem mitgeteilt, daß Geheimrat Koeren ebenso wie er (Bitter) mit dem Inhalte des ihnen übersandten Protokolls „im großen und ganzen einverstanden“ seien, aber „strengste Geheimhaltung“ für geboten erachteten.

Der Wortlaut des Schopenschen Protokolls erschien 1909 gedruckt unter dem Titel: „Das Kölner Osterdienstag-Protokoll, Ein Beitrag zur Würdigung latenter Kulturgegensätze im Katholi-

zismus der Gegenwart. Von Athanasius" (Bonn, Karl Georgi, 3. Tausend) im Buchhandel. Mir war von dieser Publikation nichts bekannt, bis ich sie gedruckt in Händen hatte. Bis heute weiß ich nicht sicher, wer der Verfasser war.

In dem einleitenden Vortrage des Einberufers wurden Bedenken gegen die christliche Gewerkschaftsorganisation und den Volksverein für das katholische Deutschland geäußert und die taktischen Grundrichtungen einer Gegenaktion gegen eine angebliche „liberal-katholische Richtung“ bezeichnet, deren innerster Gedanke darauf hingehe, „das öffentliche Leben des katholischen Deutschland zu befreien vom Einfluß des Episkopats und der Orthodogie und das katholische Volk mit den Protestanten zu einem großen christlich-sozialen Block auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und der geistigen Betätigung zusammenzuschweißen“.

Teilnehmer der Ofterdienstagskonferenz übten auch eine teilweise sehr scharfe Kritik am Zentrum:

Es läßt sich nicht leugnen, daß auch das Zentrum Halbheiten (in bezug auf das katholische Selbstbewußtsein) begangen hat (S. 9).

Die Parlamentarier sind uns (den Ideen der Konferenz) in großer Zahl nicht abgeneigt, sondern nur zu viele Leisetreter. Wir haben unter unseren Abgeordneten zu viel mandatsjüchtige Streber und zu wenig Charaktere, aber mancher gute Kerl ist darunter. Wenn die Zügel straff angezogen werden, folgen sie gern, haben aber nicht den Mut, aus sich herauszugehen (S. 14).

Die Konferenz gipfelte in dem Beschluß, eine Definition der Zentrumsparthei zu propagieren, deren Kernsatz dahin formuliert wurde (Roeren, S. 12): „Das Zentrum ist eine politische Partei, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu vertreten, und zwar im Einklange mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung.“

Diesen Satz bezeichnet Herr Roeren in seiner Schrift als den Kernpunkt des Zentrumsstreites. Die Schrift ist demgemäß der Begründung dieses Satzes gewidmet.

Die Schrift Koerens ist gegen die sog. „Kölner Richtung“ gerichtet. Dieses Schlagwort entstand nach der Osterdienstagskonferenz (13. April 1909), während noch in der 1910 erschienenen Schrift: „Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus“ von dem Einberufer der Osterdienstagskonferenz, Kaplan Schopen, fortgesetzt die Rede ist von der „Richtung Bachem“ und der „Richtung Koeren“. Herr Koeren sagt zwar selbst (S. 1): „Schon die bloßen Bezeichnungen, die mit der Zeit für die beiden sich entgegenstehenden Anschauungen gebräuchlich geworden sind,“ hätten „zu Entstellungen und Mißverständnissen Anlaß gegeben“. Trotzdem gebraucht er in seiner Schrift lediglich die Bezeichnung „Kölner Richtung“.

Diesem Beispiel werde ich nicht folgen. Eine „Kölner Richtung“ als etwas Besonderes vermag ich nicht anzuerkennen. Es ist irreführend, in der durch die Osterdienstagskonferenz herbeigeführten Kontroverse von einer solchen zu sprechen. Durchaus zutreffend hat in dieser Beziehung der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, Dr. Porsch, in der Gläzer Wählerversammlung der Zentrumsparlei vom 13. Mai dieses Jahres bemerkt:

Was man als „Kölner“ Auffassung ausgibt, ist die Meinung der gegenwärtigen Zentrumsfraktion. Die Zentrumsfraktion wagt man nicht anzugreifen, und so drückt man auf eine angeblich Kölner Richtung los, gerade so, wie man auf anderer Seite das Wort „ultramontan“ braucht, wenn man die Katholiken meint, aber behauptet, sie nicht treffen zu wollen.

Erfreulicherweise erklärt die Koerensche Schrift in einer Fußnote (S. 2), wenigstens, daß dem Namen von Persönlichkeiten entnommene Bezeichnungen, wie „Richtung Bachem“, „Richtung Koeren-Bitter“ und dergleichen, in dieser Schrift vermieden seien.

Meine nachstehende Darlegung soll sich streng an dem von Koeren selbst bezeichneten Kernpunkt des Streites halten und alles Beiwort außer acht lassen.

Das darf mich aber nicht abhalten, schon jetzt Einspruch zu erheben gegen den im Anfange der Roerenschen Schrift (S. 3) im Druck hervorgehobenen Satz:

Als „Kölner Richtung“ kann kurz bezeichnet werden: die Tendenz, die katholische Grundlage der wichtigsten Organisationen deutscher Katholiken zu beseitigen und durch eine sog. allgemein-christliche Basis zu ersetzen.

Dieser generelle Vorwurf ist, wie die weitere Darlegung ergeben wird, ebenso hinfällig mit Bezug auf meine Tätigkeit im öffentlichen Leben, wie auf die Haltung der Zeitung, an der ich nun schon so lange tätig bin. Herr Roeren bleibt auch allen und jeden Beweis für diesen Vorwurf schuldig.

Mit dem Kernpunkt des Streites hat es auch nichts zu tun, wenn Herr Roeren gleich im ersten Kapitel Beschwerde darüber erhebt, daß die Windthorstbunde sich als eine nichtkonfessionell-katholische Organisation erklärt haben. Diesen Beschluß hat der Gesamtverband der Windthorstbunde selbst zu vertreten. Er ist wohl der einfachen Erwägung entsprungen, daß die Windthorstbunde, welche eine Schule für Zentrums politik und eine Hilfsorganisation für die große Organisation der deutschen Zentrums partei sein wollen, nicht wohl auf rein konfessioneller Grundlage stehen können, während die Zentrums partei selbst eine nichtkonfessionelle Partei ist. Inzwischen hat der Generalsekretär der Windthorstbunde, Dr. Scharmizel, namens der Verbandsleitung in der Oktobernummer der Monatschrift Das Zentrum über die Frage der Interkonfessionalität dieser Bunde eingehend sich geäußert und gegenüber dem Roerenschen Vorwurf, daß die „Kölner Richtung“ die wichtigsten Organisationen deutscher Katholiken zu entkonfessionalisieren gesucht habe, festgestellt:

Jedermann unter den deutschen Katholiken weiß doch, daß eben die „Kölner Richtung“ in den letzten Jahren an der Wiege einer ganzen Anzahl neu gegründeter konfessioneller Organisationen der deutschen Katholiken gestanden hat. Ich nenne hier nur die Schulorganisation des Hrn. Oberlandes-

gerichtsrats Mary, die Vereinigungen katholischer Akademiker, den katholischen Frauenbund, die katholischen Beamtenvereine, die katholischen sozial-studentischen Vereine. Man setzt sich also mit der Wahrheit und den Tatsachen in scharfen Widerspruch, wenn man der „Kölnner Richtung“ die oben erwähnte Tendenz zuschreibt.

Auch was Herr Koeren zur Verteidigung des konfessionellen Charakters der Katholisch-kaufmännischen Vereine sagt, kann hier außer Betracht bleiben. Niemand in der Zentrums-partei hat meines Wissens etwas dagegen zu erinnern, daß die Katholisch-kaufmännischen Vereine eine konfessionelle Organisation bleiben, wie sie es von Anfang an gewesen sind und wie sie lange Jahre nach verschiedenen Richtungen segensreich gewirkt haben. Die bestehende Meinungsverschiedenheit dreht sich nur darum, daß der Verband der Katholisch-kaufmännischen Vereine (K. K. V.) den Anspruch erhebt, zu sein: „die berufene Organisation zur Vertretung der religiös-sittlichen und geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen der selbständigen Kaufleute, der Handlungsgehülfen und kaufmännischen Privatbeamten des katholischen Volksteiles“, während der Volksverein für das katholische Deutschland, insbesondere der Dezernent für Mittelstands- und Angelegenheiten bei der Volksvereinszentrale in M. Gladbach, Dr. Höfle, die Katholisch-kaufmännischen Vereine nur als eine (nicht als die und allein für die Kaufleute in Betracht kommende und berufene) wirtschaftliche Berufsorganisation angesehen haben will.

Nun zurück zu der von der Osterdienstagskonferenz gegebenen und in der Koerenschen Schrift jetzt eingehend und systematisch vertretenen Definition des Zentrums.

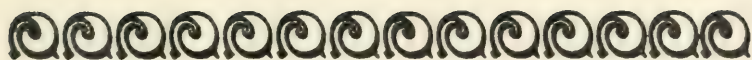
Die Koerensche Schrift will allerdings nicht gelten lassen, daß es sich hier um eine „Definition“ handle.

Auf der Osterdienstagskonferenz selbst war aber ein halbes Duzend Mal von einer „Definition“ die Rede (siehe das Protokoll). Tatsächlich hat jedenfalls mit dem fraglichen Satze gesagt

werden sollen, was das Zentrum sei und sein müsse. Und da war man in den weitesten Kreisen der Zentrumspartei von vornherein der Ansicht, daß gar keine Veranlassung vorliege, nach vierzigjährigem Bestande und vor aller Augen liegender Tätigkeit des Zentrums erst noch zu erklären, was man unter Zentrum zu verstehen habe.

Die Gründer des Zentrums und auch die späteren Führer des Zentrums haben es niemals für notwendig erachtet, den Charakter dieser Partei nach Art der Osterdienstagskonferenz zu definieren oder, wenn man lieber will, zu deklarieren, zu fixieren, oder wie man sich sonst ausdrücken mag. Auch keine andere politische Partei hat eine solche Definition für nötig gehalten. Mit Recht ist daher in der Zentrumspresse denjenigen gegnerischen Blättern, welche, angeregt durch die Osterdienstagskonferenz, beharrlich eine Definition des Zentrums — und zwar eine solche im Sinne der Osterdienstagskonferenz — verlangten, geantwortet worden, sie möchten zunächst einmal ihre eigene Partei definieren. Dieser Anregung wurde bisher von keiner Partei entsprochen, was wohl als eine Bestätigung des alten Satzes gelten kann, daß „periculosa est omnis definitio“.

Man war dann weiter in den weitesten Kreisen der Zentrumspartei von vornherein der Ansicht, daß auch keinerlei Veranlassung vorliege, das Zentrum so zu definieren, wie die Osterdienstagskonferenz es für nötig erachtet hat, und Herr Roeren es anscheinend noch jetzt für notwendig hält. Man betonte, daß der Charakter des Zentrums aus seiner ganzen reichen Geschichte und Betätigung klar hervorgehe und daß nichts geschehen sei, was dazu führen müßte, dem Zentrum nachträglich im Sinne der Osterdienstagskonferenz einen Charakter zu verleihen.



5. Die „allgemein-christliche Basis“.

Herr Oberlandesgerichtsrat Koeren sucht jetzt die Notwendigkeit, die Aktion der Osterdienstagskonferenz wieder aufzunehmen und eine Definition des Zentrums im Sinne dieser Konferenz erneut zu vertreten, damit zu begründen, daß die sog. „Kölner Richtung“ und die von ihm als Hauptvertreterin dieser „Richtung“ bezeichnete Kölnische Volkszeitung das Zentrum auf eine „allgemein-christliche Basis“ stellen wollten. Diese Behauptung kehrt in allen möglichen Wendungen wieder. Die Koerensche Schrift spricht in Verbindung damit „von prinzipiellem Interkonfessionalismus, der auf Nivellierung der konfessionellen Eigenarten hinausläuft“, „Kompromiß zwischen Grundsätzen, religiösen Prinzipien“, sogar von „Mischehen- und Simultanschulwesen, durch welches allein der Kirche jährlich Hunderttausende verloren gehen“. Als ob die Gegner der Osterdienstagskonferenz und ihrer Definition des Zentrums in dieser Beziehung irgendwie verdächtig wären!

Der Koerensche Vorwurf, daß die „Kölner Richtung“ und die Kölnische Volkszeitung das Zentrum auf eine „allgemein-christliche Basis“ stellen wollten, beruht auf ungemein schmaler Basis. In der Hauptsache wird er gestützt (S. 56) auf einen einzigen in der Koerenschen Schrift wiederholt zitierten Satz aus einem Artikel der Kölnischen Volkszeitung, Nr. 627 vom 27. Juli 1909, in welchem in der Tat gesagt ist, „daß die Gründer und größten

Führer des Zentrums dasselbe mit voller Ueberlegung und ausgesprochenermaßen auf den Boden einer allgemein christlichen, aber nicht auf den Boden der spezifisch katholischen Weltanschauung gestellt haben“.

Die Koerensche Schrift unterläßt es aber zunächst, zu erwähnen, daß es sich bei diesem Artikel, dem sie eine so große Bedeutung beimißt, nicht etwa um eine programmatische Formulierung der Redaktion der Kölnischen Volkszeitung handelt, sondern lediglich um eine Zuschrift, deren Verfasser (Dr. Clemens Riemann, Rheine i. W.) am Kopfe des Artikels sich nennt. Dieser Verfasser hat also zunächst die Verantwortung für den Artikel übernommen.

Und dann hat Herr Koeren den genannten Satz aus dem Zusammenhang des ganzen Artikels herausgenommen. Der Artikel führt eingangs die programmatischen Erklärungen von Windthorst, Mallinkrodt und Bischof von Ketteler über das Zentrum an, die im 2. Abschnitt dieser Schrift wiedergegeben sind; und im Anschluß daran erscheint der von Herrn Koeren so scharf betonte Satz.

Durch die Herstellung dieses Zusammenhangs bekommt der Artikel schon ein etwas anderes Gesicht. Der der Koerenschen Schrift zugrunde gelegte Satz hat nach Ansicht des Verfassers wohl nichts anderes sagen sollen, als: Das Zentrum ist keine konfessionell-katholische Fraktion; auch in Weltanschauungsfragen können, soweit in diesen eine gemeinsame christliche Basis noch vorhanden ist, seine katholischen Mitglieder mit Andersgläubigen zusammengehen. Ich verkenne aber nicht, daß die Wendung von dem „Boden einer allgemein christlichen Weltanschauung“ mißverständlich ist und besser eingeschränkt worden wäre. Aber wie leicht kann einmal in einer großen täglich in drei Ausgaben erscheinenden Zeitung eine nicht korrekte Wendung durchschlüpfen!

Eine solche vereinzelt Wendung bedeutet jedoch nichts, gar nichts für die Stellung der „Kölner Richtung“ oder auch der Kölnischen Volkszeitung in der Frage der Weltanschauung, und es liegt gar kein Grund vor, sie so aufzubauen, wie es in der

Koerenschen Schrift geschieht. Statt weiterer eigener Ausführungen sei über diesen Punkt hierhingesezt, was das Baderborner Westfälische Volksblatt in Nr. 237 vom 1. Sept. 1913, also nach Erscheinen der Koerenschen Schrift, zu dem von ihm gleichfalls beanstandeten Satz Dr. Niemanns bemerkt:

Es kann nur eine unglückliche Formulierung des Gedankens sein, daß die Gründer des Zentrums tatsächlich die Partei nicht auf den konfessionellen Boden gestellt haben, was wiederum so zu verstehen ist, daß sie die Partei zu einer politischen und nicht zu einer konfessionellen machen wollten. Gerade deshalb, weil die Gegner die frühere Bezeichnung „Katholische Fraktion“ im Sinne einer konfessionellen Partei, als ob das Zentrum nur die katholischen Interessen oder die katholischen Bürger vertreten wollte, stempelten, wollte man die frühere Bezeichnung ausschalten. Das und nichts anderes soll im obigen Satze (Dr. Niemanns) zum Ausdruck gebracht werden. Koeren selbst zitiert einige Seiten weiter (S. 71) einen Satz des Redaktionsmitgliedes der Kölnischen Volkszeitung Dr. Hoerber: „Niemals ist es der Kölnischen Volkszeitung eingefallen, mit diesem Ausdruck (christliche Weltanschauung) irgend etwas von den religiösen Lehren des Katholizismus preiszugeben, die für sie, wie für alle Katholiken lediglich der Lehre des apostolischen Stuhles entsprechen.“ Klarer und bestimmter kann die „allgemein-christliche Weltanschauung“ nicht abgelehnt werden. Das muß für jeden objektiven Beurteiler genügen und Angriffe auf dieser Basis sind nicht mehr zulässig. Damit fällt der ganze Untergrund der Koerenschen Anklage in die Verfenkung und alle seine Ausführungen mit ihm.

Im Hinblick auf die Heze, welche seit Jahren gegen die „Kölner Richtung“ und die Kölnische Volkszeitung betrieben worden ist und noch betrieben wird, mag hier noch hinzugefügt werden, was das genannte Westfälische Volksblatt in demselben Artikel — der im übrigen anerkennt, daß die Koerensche Kampfesweise in seiner hier in Rede stehenden Schrift von jener anderer Wortführer seiner „Richtung“ absticht — weiter sagt:

Wenn die Kölner Richtung so gefährvoll für den deutschen Katholizismus ist, daß man laut in die Bojaune zu stoßen sich verpflichtet fühlt, dann müssen sich doch auch die antikatholischen Früchte dieser Gefahr deutlich nachweisen lassen. Nun ist die Kölnische Volkszeitung ein Organ, welches dem Katholizismus unzählbare und kostbare Dienste geleistet hat. Andere Nationen können uns um den Besitz einer so vorzüglich geleiteten, alle Gebiete so exakt bearbeitenden, so mustergültig den Katholizismus verteidigenden großen und angesehenen Zeitung beneiden. Der Volksverein für das katholische Deutschland hat in unermüdlicher wissenschaftlicher Arbeit die Schulung

des katholischen Deutschland übernommen und den neuen Bedürfnissen gegenüber neue Mittel gefunden, den neuen Angriffen gegenüber schneidige und von den Gegnern gefürchtete Waffen geschmiedet. In anderen Ländern ist man daran, ihm das Geheimnis seiner Stärke abzulauschen und so zu arbeiten, wie er es getan hat, ohne daß es bislang gelingen wollte, dieselben Erfolge zu erringen. Leute wie Spahn, Porsch, Trimborn, Brandtz usw. haben niemals den katholischen Standpunkt verleugnet, sind vielmehr Zierden des Katholizismus. Die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind in den katholischen Arbeitervereinen die eifrigsten und treuesten Mitglieder. Die Kirchen sind mit Andächtigen überfüllt, neue Kirchen schießen so zahlreich wie Pilze aus dem Boden, die Prozessionen werden in den Industriestädten zu Riesenbändern durch die Straßen geschlungen, die Katholikentage verlaufen so glanzvoll, daß die Presse des In- und Auslandes, die freundliche und die feindliche, bewundernd von diesen Riesenschauspielen des achten katholischen Lebens berichtet.

Das sind die Leistungen der Kölner Richtung. Und unsere Bischöfe und Priester freuen sich dieser Entwicklung. Man möge einmal in den so viel geschmähten Westen kommen, überall drängen sich die Tatsachen des furchtlosen, echt katholischen Lebens an das Tageslicht.

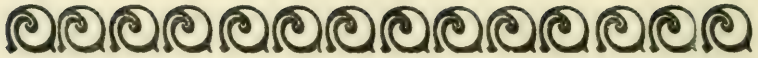
Selbst die vielgeschmähten und verlästerten katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind untadelig. Sie sind in beispiellose Kämpfe mit Atheismus und Sozialdemokratie verwickelt, haben Spott und Hohn tagtäglich über sich ergehen lassen müssen und sind dennoch treue katholische Christen geblieben. Der katholische Glaube ist ihr Stolz und ihre Freude, bei jedem katholischen Wort erglänzen ihre Augen, ihr armes und gequältes Leben wird einzig verkürt durch ihre treue katholische Ueberzeugung. Ich kenne sie seit mehr als zwanzig Jahren und weise aus Gründen der Wahrheit und Gerechtigkeit mit Entrüstung die Angriffe zurück, die es so hinstellen möchten, als ob der ganze Westen kirchlich und religiös dem Verderben entgegenginge.

Bezüglich der Frage, auf welcher Grundlage die zulässige oder notwendige Zusammenarbeit der Katholiken mit Andersgläubigen aufzubauen ist, verweise ich auf die Ausführungen Prof. Mausbach in der dritten Auflage seiner Schrift: Die katholische Moral und ihre Gegner (S. 420 und 421).

Ueber die Bedeutung der den Katholiken und Protestanten noch gemeinsamen Glaubenswahrheiten hat sich einer der Führer der badischen Zentrumsparlei, Abgeordneter Landgerichtspräsident Behnter, gegenüber dem Führer der Nationalliberalen, Rebmann, in einem Artikel des Neuen Mannheimer Volksblatt (Nr. 274 vom 8. Oktober 1913) wie folgt geäußert:

Was die gemeinsame christliche Weltanschauung zwischen Konservativen und Zentrum anbelangt, so wäre es immerhin schon etwas recht Respektables, auch wenn sie, wie Rebmann behauptet, in nichts bestände, als in dem Satz: „Wir glauben all an einen Gott“. Denn schon dadurch würde sich die Gemeinschaft von Zentrum und Konservativen wesentlich vom Großblock unterscheiden, der neben Christen auch Atheisten, Materialisten, Monisten, Religionslose, Konfessionslose, Freireligiöse, Agnostiker und andere enthält und der von sich allenfalls sagen kann: „Wir glauben nicht all an einen Gott“. Indessen geht die Gemeinsamkeit der christlichen Weltanschauung zwischen Konservativen und Zentrum doch sehr viel weiter, als Rebmann glauben machen will. Nicht bloß der Glaube an einen persönlichen außerweltlichen Gott bildet das Gemeinsame der christlichen Weltanschauung bei gläubigen Katholiken und Protestanten, sondern auch der gemeinsame Glaube an die Gottheit Christi und die Erlösung der Menschheit durch Christus. Auf dieser gemeinschaftlichen Glaubensanschauung aber ruht, unbeschadet dem, daß Katholiken und Protestanten religiös strenge und unverändert auf ihrem konfessionellen Standpunkt stehen bleiben, bei Zentrum und Konservativen die hohe Bewertung eines positiven religiösen Glaubens überhaupt als wichtigen Faktors im Volksleben und Volksempfinden. Daher die Forderung, daß dieses metaphysische Gut der Menschen gehegt und gepflegt werden solle. Daher weiter die entschiedene Wertschätzung der kirchlichen Gemeinschaften als derjenigen Anstalten, die zur Förderung und Erhaltung des religiösen Lebens berufen und bestimmt sind. Daher ferner das Verlangen, daß der Staat die Wirksamkeit der Kirchen als in seinem eigenen Interesse und in der Richtung seiner Ziele gelegen anordnet, sie demgemäß unterstützt, fördert und schützt, ihnen die gebührende Beachtung schenkt und ihnen die zur Erfüllung ihrer hohen Aufgabe erforderliche freie Bewegung in ihrer religiösen Betätigung gestattet. Ich denke, auch Herr Rebmann wird zugeben, daß diese Gemeinsamkeit doch noch etwas weiter geht, als bloß auf den Satz: „Wir glauben all an einen Gott“, und daß diese Gemeinsamkeit, unbeschadet mancher Verschiedenheit in sonstigen Anschauungen, auch eine breite Grundlage für eine gewisse gemeinsame Politik abzugeben geeignet ist.





6. „Christliche Weltanschauung“ — „Katholische Weltanschauung“.

Im Anschlusse daran noch ein Wort über „christliche Weltanschauung“.

Richtig ist, daß an Stellen, welche die Osterdienstagskonferenz und ihre Definition des Zentrums bekämpft haben, manchmal von „christlicher Weltanschauung“ die Rede gewesen ist. Aber das Wort „christliche Weltanschauung“ wurde da nie im Gegensatze zur katholischen Weltanschauung gebraucht. Religionsmengerei will niemand, weder in der sogenannten „Kölner Richtung“, noch in der Zentrumsparthei, noch in der Zentrums-*pre*ssse treiben. Auch der Kölnischen Volkszeitung wird nicht ein Satz nachzuweisen sein, welcher den Vorwurf, daß sie „die religiösen Unterschiede der Konfessionen verwischen“ wolle, begründen könnte. Wäre ein solcher Nachweis zu liefern, so hätte man ihn längst geliefert; an darauf gerichteten Nachforschungen hat es ja nicht gefehlt.

Die Kölnische Volkszeitung hat auch jede Mißdeutung in diesem Punkte ausdrücklich und bestimmt ausgeschlossen. Einige hierhin gehörige Auslassungen mögen nachstehend folgen.

In ihrer Nr. 635 vom 29. Juli 1909 schrieb die Kölnische Volkszeitung:

Bei Fragen, in welchen die Weltanschauung in Betracht kommt, wird der Katholik auch im Parlament von den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung sich leiten lassen.

In der Nr. 876 vom 18. Oktober 1910:

Zunächst die Frage: Wo ist jemals von oder in der Kölnischen Volkszeitung die „christliche“ Weltanschauung als Gegensatz zur katholischen Glaubenslehre verlangt worden? Die Kölnische Volkszeitung hat niemals den geringsten Zweifel darüber gelassen und bei jeder Gelegenheit klar und entschieden betont, daß für sie wie für alle katholischen Mitglieder des Zentrums die „christliche“ Weltanschauung, die „christlichen“ Grundsätze usw., von denen früher, zur Zeit der Gründung des Zentrums, Windthorst, Mallinkrodt und Bischof v. Ketteler so oft geredet haben, völlig identisch seien mit den Lehren und Grundsätzen der katholischen Kirche.

In einer „Abwehr nichtswürdiger Verdächtigungen“ schrieb Dr. Karl Hoeber, Mitglied der Redaktion der Kölnischen Volkszeitung, in Nr. 611 vom 22. Juli 1910:

Daß die Kölnische Volkszeitung gelegentlich von „christlicher Weltanschauung“ gesprochen hat, ist richtig. Aber wer kann daraus einen Beweis für eine verwerfliche Interkonfessionalität und Religionsmengerei herleiten? Es ist lediglich im Rahmen von Ausführungen zugunsten des politischen Zusammengehens des Zentrums mit den auf christlichem Boden stehenden Andersgläubigen geschehen. Wer weiß wie oft ist dieser Ausdruck im Laufe der Jahre von Zentrumsblättern und Zentrumspolitikern gebraucht worden, ohne daß jemand dagegen aufgebeht hat! Und nun soll daraus gegen die Kölnische Volkszeitung der Vorwurf verwerflicher „Interkonfessionalität“ hergeleitet werden?

Und im gleichen Artikel heißt es am Schluß:

Die Kölnische Volkszeitung hat nie protestantische Prinzipien in den Katholizismus hineingetragen; sie hat niemals dem Interkonfessionalismus auf religiös-kirchlichem Gebiet das Wort geredet. Sie ist — ohne jemals katholische Grundsätze zu verleugnen — für ein Zusammenarbeiten der positiv christlichen Elemente unseres Volkes im politischen und parlamentarischen Leben zur Abwehr kirchenfeindlicher Bestrebungen, zur Erhaltung der konfessionellen Schule usw. eingetreten und hat sich gleichzeitig die Hebung und Stärkung des katholischen Selbstbewußtseins in zahllosen Artikeln angelegen sein lassen. Das weiß jeder Leser der Kölnischen Volkszeitung.

Im gleichen Jahre finden sich in dem Leitartikel der Nr. 890 vom 22. Okt. 1910 folgende Sätze:

Jeder Leser der Kölnischen Volkszeitung weiß, daß die „Richtung Bagem“ die Vertretung der katholisch-kirchlichen Interessen niemals nicht nur nicht vernachlässigt, sondern mit dem größten Eifer und der größten

Entschiedenheit stets betrieben hat. Die Kölnische Volkszeitung hat, wie jedes der bestehenden Zentrumsorgane und der Tagespresse, eine Doppelnatur: sie fühlt sich auf der einen Seite als Vertreterin der politischen Ziele der Zentrumspartei; auf der anderen Seite ist sie eine katholische Zeitung. Als solche ist sie gegründet worden, als noch keine Zentrumspartei bestand, eine solche war sie zehn Jahre lang, ehe die Zentrumspartei gegründet wurde. Das ist sie auch heute noch, und das wird sie gewißlich bleiben, solange sie besteht. Niemals hat sie „das katholisch-kirchliche Interesse zurücktreten“ lassen, weder „um des Nutzens und der Größe der Partei willen“, noch etwa sonst aus einem anderen Grunde. Ganz im Gegenteil. Jeder regelmäßige Leser der Kölnischen Volkszeitung weiß, daß gerade in ihr die katholisch-kirchlichen Interessen stets eifrig gefördert worden sind, und es ist ihr oft genug von autoritativen Stellen bezeugt worden, daß sie sich dadurch die größten Verdienste erworben hat.

In der letztgenannten Nummer heißt es dann noch weiter:

In der Kölnischen Volkszeitung ist auf religiösem Gebiete niemals etwas anderes vertreten worden als der „Dogmatismus“, oder klarer gesagt, das Dogma der katholischen Kirche. Es ist niemals für eine „Annäherung der Konfessionen“ gearbeitet worden, in dem Sinne, daß die Katholiken zu diesem Zwecke auch nur das geringste von ihrem katholischen Glauben aufgegeben hätten.

Im gleichen Jahre veröffentlichte die Kölnische Volkszeitung in Nr. 1090, 28. Dezember 1910, einen Leitartikel, dem folgende Sätze entnommen sind:

Die „Kölner Richtung“ und die Kölnische Volkszeitung hat überhaupt nichts an die Stelle von etwas Vorhandenem setzen wollen, sondern sie hat ausschließlich dagegen gekämpft, daß von anderer Seite „an Stelle“ des bis vor Jahresfrist allgemein anerkannten Guten etwas anderes gesetzt werde: Es soll beim bewährten Alten bleiben! Das ist das ganze Streben der Kölnischen Volkszeitung gewesen! Eine „allgemein christliche Weltanschauung“, welche „an Stelle“ der „fundamentalen Norm der katholischen Weltanschauung“ zu setzen sei, zu konstruieren, ist ihr niemals eingefallen. Wenn sie von „christlicher Weltanschauung“ gesprochen hat, so ist das immer genau in demselben Sinne geschehen, wie Windthorst, v. Mallinckrodt, Bischof v. Ketteler und zahlreiche andere Führer des Zentrums diesen Begriff gebraucht haben. In diesem Sinne, d. h. also ausschließlich für das politische Gebiet, war dieser Ausdruck uns wie den genannten Zentrumsführern die gegebene Formel, um nicht nur gläubigen Katholiken, sondern auch gläubigen Protestanten den Zugang zum Zentrum offenzuhalten. Niemals aber haben wir daran gedacht, mit diesem Ausdruck auch nur ein Tüpfelchen unserer eigenen katholischen Ueberzeugung oder Weltanschauung aufzugeben. Das alles ist von uns schon soundso oft mal und bei jeder Gelegenheit erklärt

worden. Wie oft noch werden wir genötigt sein, uns gegen völlig haltlose Mißdeutungen dieser unserer Haltung zu verwahren?

Im Jahre 1911 sah sich der frühere Reichstags- und Landtags-Abgeordnete für Krefeld, mein Vetter Justizrat Dr. jur. Karl Bachem (Steglich), veranlaßt, unter seinem Namen gegen die damalige Correspondance de Rome einen Artikel in der Kölnischen Volkszeitung, Nr. 592, 12. Juli 1911, zu veröffentlichen, aus dem folgende Sätze hierher gehören:

Alle Leser der Kölnischen Volkszeitung, insbesondere auch die deutschen Bischöfe und die zahlreichen deutschen katholischen Theologen, welche sie regelmäßig lesen, wissen und können jederzeit bezeugen, daß in der Kölnischen Volkszeitung niemals auch nur eine Zeile gestanden hat, welche im entferntesten den Modernismus zu befürworten oder zu begünstigen geeignet gewesen wäre. Die Kölnische Volkszeitung darf sich dabei vor allem auf das Zeugnis ihres Diözesan-Oberhirten beziehen, welcher die Haltung der Kölnischen Volkszeitung, was ihre katholische Gesinnung in allen religiösen Fragen und ihre kirchliche Treue gegen den römischen Stuhl anlangt, anerkannt und gebilligt hat und welcher, seiner kirchlichen Pflicht entsprechend, nicht gezögert haben würde, einzugreifen, wenn die Kölnische Volkszeitung dazu mißbraucht worden wäre, um modernistische Irrtümer zu verbreiten.

Sich stelle das nicht fest für solche Kreise, welche in der Lage sind, auf Grund ihrer theologischen Kenntnisse sich selber ein Urteil zu bilden. Aber es ist leider nicht überflüssig, das ausdrücklich auszusprechen für andere Teile des Leserkreises, welche, ohne selbst die genügenden theologischen Kenntnisse zu besitzen, anfangen könnten, wegen des angeblich gefährdeten katholischen Charakters der Kölnischen Volkszeitung ängstlich zu werden, welche angesichts der stets erneuten böswilligen Anklagen auf „Interkonfessionalisierungsbestrebungen“, „Protestantisierungstendenzen“, „verwischene katholische Haltung“, „dogmenlose christliche Weltanschauung“, „modernistische Richtung“, „Ersatz des katholischen Charakters durch eine unklare christliche Basis“ usw. sich allmählich könnten irreführen lassen und meinen, es müsse doch wohl „etwas an der Sache nicht stimmen“. Die Kölnische Volkszeitung ist stets in allen religiösen Dingen ein treu katholisches Blatt gewesen und wird es auch in Zukunft unentwegt bleiben. Sie wird niemals von diesem Grundsatz abweichen. Allerdings ist für sie über das, was katholisch ist, nicht jeder beliebige Eigenbrötler maßgebend, welcher sie für seine Sonderzwecke und Spezialideen ausnützen möchte, sondern allein die geordneten hierarchischen Instanzen der katholischen Kirche, also der Erzbischof von Köln und der Papst in Rom. Gerade in denjenigen Punkten, wegen derer sie von unklaren Köpfen und unbesonnenen Eiferern seit Jahren am heftigsten angefeindet worden ist, hat sie sich stets in voller Uebereinstimmung befunden mit den katholischen Grundsätzen, wie sie von den genannten Instanzen vertreten werden.

Das ist bei jeder Gelegenheit festgestellt und nachgewiesen worden, wo es nötig war. Es sei hier aber noch einmal gesagt. Jeder, der seit all den Jahren der Kölnischen Volkszeitung „protestantisierende Richtung“ oder „modernistische Haltung“ oder etwas Ähnliches vorgeworfen hat, ist sofort öffentlich und privatim, schließlich in schärfster Form aufgefordert worden, unter genauer Anführung derjenigen Artikel und Stellen der Zeitung, welche er glaubte, vom katholischen Standpunkt aus als unkatholisch beanstanden zu dürfen, den Beweis für seine Behauptung zu erbringen. Keiner der Ankläger hat sich bisher dieser doch selbstverständlichen Pflicht unterzogen. Und auch das ist regelmäßig öffentlich festgestellt worden, um die völlige Haltlosigkeit solcher törichten Anfeindungen und Verleumdungen nachzuweisen.

Es schien mir nützlich und den vorurteilslosen Lesern dieser Schrift vielleicht erwünscht, diese Zitate aus den letzten Jahren hier gesammelt zu finden, weil sie zeigen, wie völlig unberechtigt so manche auch heute noch gegen die Kölnische Volkszeitung erhobenen Verdächtigungen sind.



Wie schon bemerkt, gibt es unter allen Führern des Zentrums nicht einen einzigen, welcher nicht zuweilen im Parlament oder in einer Wählerversammlung von „christlicher Weltanschauung“ gesprochen hätte. Dieser Ausdruck ist aber auch bis in die jüngste Zeit auch Kreisen und Blättern geläufig gewesen, welche den Anschauungen des Herrn Roeren sehr nahe oder wenigstens näher gestanden haben, als der sogenannten „Kölner Richtung“. Ich bewahre in meinem Pult eine ganze Sammlung von solchen Zitaten.

Statt vieler sei hier nur festgestellt, daß Dr. Bitter, der spätere Vorsitzende der Osterdienstagskonferenz, in seiner Kandidatenrede am 21. Januar 1907 für den Wahlkreis Osnabrück, in welchem der nichtkonfessionelle Charakter des Zentrums entschieden betont worden ist, wie in irgend einem anderen Wahlkreise der Zentrumspartei, viermal von der „christlichen Weltanschauung“ und außerdem noch zweimal von den „christlichen Ideen“ und einmal von den „christlichen Grundsätzen“ gesprochen hat.

Ferner seien die folgenden Sätze aus einzelnen Nummern der Germania wörtlich hier angeführt:

Germania Nr. 65 vom 20. März 1910 (Bezugseinladung an der Spitze des Blattes):

Liberalismus und Sozialdemokratie kämpfen nicht nur um die Macht, sondern um die Seele des Volkes, und nicht in letzter Linie ist es ein Kampf um die christliche Weltanschauung, der sich hier abspielt. Wir stehen jetzt vor dem Quartalswechsel. Es ist dies der Zeitpunkt, wo unsere Mitstreiter für die katholische Weltanschauung und für die bewährte Politik des Zentrums am erfolgreichsten helfen können, daß unser Einfluß im öffentlichen Leben durch die Zentrumspresse gestärkt wird.

Germania Nr. 57 vom 10. März 1911:

Als nun aber Ende der 1860er und Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts der kirchenfeindliche Liberalismus die herrschende Partei erst in Preußen, später im Reich mehr und mehr wurde, wußten die Katholiken sehr genau, wie das gemeinsame Bemühen der preussischen Bureaucratie diesen „Modus vivendi“ ausgestalten würde — die Maigesetze haben die Nichtigkeit der Voraussetzung zur Evidenz bewiesen, und deshalb war es Notwendigkeit, daß die Katholiken sich eng zusammenschlossen. Sie haben das aber nicht auf rein konfessionellem Boden getan, sondern auf dem Boden des christlichen Gedankens, der christlichen Staatsidee. Sehr gläubige Protestanten, Gerlach, Dr. Brüel und andere mehr, konnten sich darum ruhig dem Zentrum anschließen.

Germania Nr. 62 vom 16. März 1911 (Bezugseinladung am Kopfe der Nummer):

Demgegenüber wird vielleicht doch die Zeit nicht mehr fern sein, von der der Zentrumsführer Dr. Freiherr v. Hertling einmal im Reichstag sprach, die Zeit, wo die gläubigen Katholiken und Protestanten zu dem Bewußtsein kommen werden, daß sie dem großen Block von Sozialdemokratie und Liberalismus eine christliche Volkspartei entgegenzustellen haben. . . Von den Protestanten wird es dabei abhängen, ob dieser neue Kulturkampf, der zugleich ein Kampf zwischen christlicher und atheïstischer Weltanschauung sein wird, erfolgreich durchgeföhrt werden kann.

Germania Nr. 115 vom 10. März 1913:

Aber ein gläubiger Protestant wird doch wohl nicht behaupten wollen, daß die Weltanschauung der Katholiken und Protestanten, so weit sie materiell auf den Grundwahrheiten des Christentums beruht, wenn auch das formale Glaubensfundament — bei den Katholiken das Lehramt der Kirche, bei den Protestanten die persönliche Auslegung der Bibel — „grundverschieden“ seien.

Wenn ich diese Stellen aus der Germania zitiere, so bin ich weit entfernt davon, diesem Blatte daraus einen Vorwurf machen zu wollen. Sie sind nur hier angeführt, um darzutun, daß Vorwürfe wegen des Ausdrucks „Christliche Weltanschauung“ mit demselben Rechte, ja mit größerem Rechte, gegen die der sog. „Kölner Richtung“ doch bisher nicht nahestehende Germania und andere Organe verwandter „Richtung“ gefehrt werden könnten, wie gegen die Költnische Volkszeitung.

Wie bemerkt, meint ein Katholik, wenn er von „Christlicher Weltanschauung“ im religiösen Sinne spricht, damit im allgemeinen die katholische Weltanschauung, wie der Evangelische, wenn er diesen Ausdruck anwendet, an die evangelische Weltanschauung denkt.

Die Osterdienstagskonferenz und die Roerensche Schrift wollen nun, daß in die von ihnen vertretene Definition des Zentrums die Wendung „im Einklange mit der katholischen Weltanschauung“ aufgenommen werde. Mir scheint, daß auch der Ausdruck „katholische Weltanschauung“ ein sehr vager ist. Wenn man denn einmal definieren will, so möge man sich konkreter ausdrücken und etwa sagen: „im Einklange mit der katholischen Glaubens- und Sittenlehre“. Das ist ein fest umschriebener bzw. fest zu umschreibender Begriff. „Katholische Weltanschauung“ ist zu dehnbar, zu subjektiv; das Wort „Anschauung“ bezeichnet vielfach die Auffassung des einzelnen, während „Lehre“ eine objektive verbürgte Wahrheit und Norm zum Ausdruck bringt. So ließen sich aus jedem Lande im öffentlichen Leben stehende Männer anführen, gegen deren katholische Rechtgläubigkeit, soweit die Glaubens- und Sittenlehre der katholischen Kirche in Frage steht, sich nichts einwenden läßt, die aber in puncto Weltanschauung recht weit auseinandergehen. Also wiederhole ich: Wenn man einmal definieren will, so definiere man auch so, daß nicht zuviel Spielraum bleibt.

Bezüglich der Stellung des einzelnen Katholiken zu Fragen, bei welchen die katholische Weltanschauung, konkreter gesprochen, die Lehre der katholischen Kirche in Glaubens- und Sittensachen,

entscheidend in Betracht kommt, kann nach dem Vorgesagten ein Zweifel nicht obwalten. Hinzuzufügen ist allerdings, daß auch der einzelne Katholik in Deutschland bei Geltendmachung seiner Weltanschauung im öffentlichen, namentlich im politischen Leben, keinen Augenblick vergessen darf, daß er einem Lande mit vorwiegend nichtkatholischer, nicht auf dem Boden seines Glaubens stehender Bevölkerung angehört, damit er nicht etwa durch die Art und Weise der Geltendmachung seiner Weltanschauung die Interessen, welche er im öffentlichen Leben besonders vertreten will, auf das schwerste schädigt.

Im Anschluß an das vorstehend Gesagte möchte ich hier noch eine beachtenswerte Kundgebung erwähnen, die nach dem Erscheinen der ersten Auflage meiner Entgegnung auf die Koerensche Schrift erfolgt ist.

Am 20. Oktober djs. Jahres hat in einer Versammlung der Zentrumsparthei zu Krefeld das frühere Mitglied der Zentrumsfraktionen des Deutschen Reichstages und des Preussischen Abgeordnetenhauses Justizrat Dr. Karl Bachem auch über die Anwendung des Ausdruckes „christliche Weltanschauung“ im öffentlichen Leben sich geäußert (S. Nr. 1030 der Niederrheinischen Volkszeitung). Redner wies auch seinerseits in entschiedener Weise die Behauptung der Außenseiter zurück, als ob die von ihnen erfundene „Kölner Richtung“ eine „protestantisierende Tendenz“ verfolge, als ob sie eine für Katholiken und Protestanten gemeinsame „christliche Weltanschauung“ neu konstruieren wolle, um dadurch Katholiken und Protestanten im nationalen Interesse zu einer religiösen Einheit zu verschmelzen. Jeder, der unsere Zeitverhältnisse kenne, müsse sich sagen, daß einer, der eine solche Idee verfolgen wollte, direkt ins Narrenhaus gehöre, ganz abgesehen von der Beurteilung, welche eine solche Bestrebung vom treu katholischen Standpunkt aus zu erleiden hätte. Dann fuhr Redner fort:

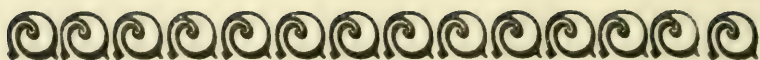
Tatsächlich ist denn auch zu sagen, daß niemals und von keiner Seite von einer „christlichen Weltanschauung“ gesprochen worden ist in dem Sinne, daß dadurch auf religiösem Gebiet eine Mischreligion für Katholiken und Protestanten herbeigeführt werden sollte. Es ist immer nur von „christlicher Weltanschauung“ geredet worden genau in demselben Sinne, in dem Windthorst, Bischof von Ketteler, Mallinckrodt, Lieber und alle anderen großen Führer des Zentrums von „christlicher Weltanschauung“ gesprochen haben. Das ist geschehen im Anschluß an die Ausdrucksweise der preußischen Verfassung, welche nach Artikel 13 die „christliche Religion“ bei religiösen Dingen den „Einrichtungen des Staates zum Grunde legt“. Ebenföwenig wie diese Männer jemals damit ein Titelchen von ihrer religiösen katholischen Ueberzeugung oder von den Rechten der katholischen Kirche haben aufgeben wollen, ebenföwenig haben es diejenigen gewollt, welche in jüngerer Zeit den Ausdruck „christliche Weltanschauung“ gebraucht haben.

Dieser Ausdruck ist immer nur im politischen und staatsrechtlichen Sinne gebraucht worden, und zwar, ich wiederhole, genau in demselben Sinne, wie Windthorst, Bischof von Ketteler, Mallinckrodt, Lieber usw. ihn gebraucht haben, und wie die preußische Verfassung ihn gebraucht. „Christliche Weltanschauung“ in diesem Sinne bedeutet nichts wie die Anerkennung des paritätischen Charakters unseres Staatswesens, die Anerkennung des politischen Grundsatzes der staatsrechtlichen Gleichberechtigung der Katholiken und Protestanten und den Schutz derjenigen „Einrichtungen des Staates“, bei denen nach Artikel 13 der preußischen Verfassung die „christliche Religion zum Grunde gelegt“ werden soll. Was diese „Einrichtungen des Staates“ sind, ist ganz klar: Die „Freiheit der Religionsgesellschaften“, welche insbesondere auch das Programm des Zentrums geschützt wissen will, die konfessionelle Schule, die Aufrechterhaltung der bestehenden Rechte der „Religionsgesellschaften“ und des einträchtigen Hand-in-Handgehens des Staates mit den großen Religionsgesellschaften, mit der katholischen Kirche einerseits, mit der evangelischen Landeskirche andererseits. Der Ausdruck „christliche“ Weltanschauung in diesem Sinne hat lediglich eine negative Bedeutung aber keinerlei positiven religiösen Inhalt. Er bedeutet einfach den Kampf gegen die „unchristliche“ Weltanschauung, gegen die liberale, materialistische und atheïstische Weltanschauung, an dem sowohl gläubige Katholiken wie gläubige Protestanten ein Interesse haben.

Ein halbes Jahrhundert hindurch ist diese Ausdrucksweise denn auch niemals mißverstanden oder beanstandet worden, weder in unserem eigenen Lager, noch auf der Gegenseite. Da auf einmal begannen die gehäuften Mißdeutungen und Verdächtigungen gegen die künstlich konstruierte „Kölner Richtung“, gegen die „Bachemiten“, den „Bachemismus“, und wie die Ausdrücke alle heißen mögen, als ob diese eine neue Religion, eine katholisch-protestantische Mischreligion anstrebten. So grundlos und so töricht und so geradezu unsinnig diese Unterstellung war, so hat man sich doch die Mühe nicht verdrießen lassen, bei jeder Gelegenheit die wirkliche Bedeutung des gebrauchten und angefochtenen Ausdrucks korrekt klarzustellen und zu beteuern,

daß man nie und nimmer daran denke, auch nur das geringste von der katholischen Lehre preiszugeben. Trotzdem gingen die Verdächtigungen immer weiter. Die unanfechtbare kirchliche Treue in der praktischen Betätigung von Männern, welche ihr ganzes Leben hindurch der katholischen Sache die größten Dienste geleistet haben, wurde ignoriert und schützte nicht mehr. Sie wurden weiter verdächtigt, verleumdet und verkezert. Fürwahr eine sehr häßliche Erscheinung in unserem eigenen Lager. Jeder vernünftige Katholik wird sagen: Wenn wirklich irgendwo oder irgendwann das Bestreben unter Katholiken hervorgetreten wäre, eine neue katholisch-protestantische Mischreligion zu konstruieren, so würden doch gewiß zuallererst die berufenen Wächter der Reinheit der Lehre und der kirchlichen Treue ihre Stimme erhoben haben, also unsere Bischöfe. Aber niemals hat ein deutscher Bischof sich veranlaßt gesehen, auch nur ein Wort zu sagen gegen das angebliche Bestreben, eine vom katholischen Standpunkt aus doch gewiß ungläubliche neue Mischreligion zu konstruieren. Die aber, welche mit so großem Geräusch immer wieder dieselben ungeheuerlichen Anschuldigungen erhoben, waren unberufene Wächter, ohne jede Kompetenz zum Richteramt in solchen Sachen, anmaßliche Zensoren, welche dazu durch ihr Vorgehen gezeigt haben, daß sie völlig ungeeignet waren, ein solches Zensorenamt auszuüben. Immer und immer wieder, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, ist auch für so ungeheuerliche Beschuldigungen der Beweis verlangt worden. Nichts irgendwie Beweiskräftiges hat beigebracht werden können. Dasjenige, was als Beweis vorgetragen worden ist, sind derartige Kleinigkeiten, daß es geradezu kindisch wäre, wenn man sie als vollgültigen Beweis anerkennen wollte.





7. Fraktion des Zentrums und „katholische Weltanschauung“.

Wenn es feststeht, daß für die einzelnen katholischen Mitglieder des Zentrums auch im öffentlichen Leben die „katholische Weltanschauung“ — um im folgenden nach dem Vorgang der Koerenschen Schrift diesen Ausdruck beizubehalten — maßgebend sein muß, so ergibt sich weiter die Frage: Steht die Fraktion des Zentrums als solche bzgl. der Weltanschauung ebenso da, wie die einzelnen katholischen Abgeordneten? Die Koerensche Schrift sagt (S. 27): „Was für den einzelnen Abgeordneten gilt, muß auch für die Partei gelten, die sich auf gemeinsamer Grundlage gebildet hat.“

Ist das richtig? Kann man katholische Fraktionsmitglieder und Fraktion hinsichtlich der Stellung zur „katholischen Weltanschauung“ ohne weiteres gleichsetzen?

Zum Beweise dafür, daß das Zentrum als Fraktion auf dem Boden der „katholischen Weltanschauung“ stehen und nur von diesem Boden aus politisch tätig sein dürfe, wird von den Gegnern der „Kölner Richtung“ besonders hingewiesen auf eine 1885 in Münster gehaltene Rede Windthorst's, in welcher sich der Satz findet: daß „wir bezüglich der öffentlichen Tätigkeit uns immer vergegenwärtigen müssen: sind wir (also das Zentrum) auch in vollem und ganzem Einverständnis mit der Lehre der Kirche und den Autoritäten“? Die eingeklammerten Worte hinter wir (also

das Zentrum) hat Hr. Koeren (S. 99) dem Windthorst'schen Wortlaut beigelegt — zu Unrecht! Denn Windthorst sprach diese Worte in seiner Schlußrede auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands 1885. Dort redete er als Katholik zu Katholiken, nicht als Führer der politischen Zentrumspartei.

Und weiter wird hingewiesen (S. 76) auf eine vom Abgeordneten Dr. Spahn, dem derzeitigen Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, am 5. September 1909 zu Rheinbach gehaltene Rede, in welcher es hieß: „Die Lösung der dem Reichstag verfassungsmäßig zufallenden Aufgaben wird von uns erstrebt gemäß unserer Weltanschauung, welche in allen sittlichen Fragen, von welchen sich die wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Fragen nicht lösen lassen, mit den Lehren der katholischen Kirche übereinstimmt. Vom Boden unserer Weltanschauung aus haben Partei und Fraktion politisch zu handeln.“

Diese gelegentliche Aeußerung Spahns wird in der Koerenschen Schrift besonders pointiert. Abg. Spahn hat zweifellos bei dieser Gelegenheit keine Definition im Koerenschen Sinne geben wollen. Es geht zudem aus dem weiteren, von Herrn Koeren nicht angeführten Wortlaut der Rede klar hervor, daß Abg. Spahn hier nicht für die Fraktion, sondern für die katholischen Mitglieder der Fraktion und der Partei sprach, die sich durch die auf der Osterdienstagskonferenz gegen sie gerichteten Angriffe auch persönlich gekränkt fühlten und gekränkt fühlen mußten.

Die Sätze des Abg. Spahn lauten nämlich nach den damals (Nr. 754 der Kölnischen Volkszeitung vom 6. September 1909) veröffentlichten eigenen Aufzeichnungen des Redners im Zusammenhange:

Die Lösung der dem Reichstage verfassungsrechtlich zufallenden Aufgaben wird von uns erstrebt gemäß unserer Weltanschauung, welche in allen sittlichen Fragen, von denen sich die wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Fragen nicht lösen lassen, mit den Lehren der katholischen Kirche übereinstimmt. Vom Boden unserer Weltanschauung aus haben Partei und Fraktion politisch zu handeln. Das politische Handeln, nicht das Philosophieren ist

die Aufgabe einer Fraktion. Die politische Tätigkeit beschränkt sich aber nicht auf die Abwehr von Eingriffen in unser Glaubensleben, sie umfaßt positiv alle nationalen Aufgaben verfassungsrechtlicher, sozialer, wirtschaftlicher, kulturpolitischer Art. Will aber das Zentrum im Geiste seines Programms mit Erfolg tätig sein, so ist es auf die Verständigung mit anderen Parteien im Reichstag angewiesen. Auf Schwierigkeiten könnten bei dieser Verständigung seine katholischen Mitglieder durch ihre Weltanschauung nur stoßen, so weit durch sie ein Glaubenssatz unserer Kirche verletzt würde. Ich habe früher einmal bemerkt, einen kirchlich approbierten Kodex der Politik gebe es nicht . . . Und wenn in unseren eigenen Reihen nach einer Definition der Partei mit einem konfessionellen Einschlage gesucht wird, so liegt dazu gar kein Anlaß vor. Und wenn der Ruf erhoben wird, zurück zu Windthorst, so muß auf das entschiedenste betont werden, daß ein Zurück in Fragen des Programms nicht in Frage kommen kann, weil wir uns in diesem von Windthorst nicht entfernt haben, weder in politischen, noch in wirtschaftlichen, noch in religiösen Dingen.

Nur dann würden katholische Fraktionsmitglieder und Fraktion des Zentrums mit Bezug auf die Betätigung der Weltanschauung gleichzusetzen sein, wenn das Zentrum als solches eine grundsätzlich konfessionell-katholische Gruppe wäre, was es nach der Absicht seiner Gründer und Führer und seiner gesamten Tätigkeit während eines mehr als vierzigjährigen Zeitraumes eben nicht ist.

Ein „alter Zentrumsparlamentarier“ schrieb in Nr. 636 der Kölnischen Volkszeitung (30. Juli 1909):

Windthorst und seine Freunde, welche mit ihm an der Gründung des Zentrums beteiligt waren, haben es, wie jeder Kenner der Geschichte weiß, und wie man es in den Biographien des P. Pfälf über Bischof v. Ketteler und Hermann v. Mallinckrodt, sowie in der Biographie von Pastor über August Reichensperger nachlesen kann, mit voller und bewußter Absichtlichkeit vermieden, dem Zentrum, das sie als politische Partei gründeten, nach irgend einer Richtung hin einen konfessionellen Charakter zu geben.

An dieser historischen Tatsache ist nun einmal absolut nicht zu rütteln. In den Programmen des Zentrums, wie in den Satzungen und ersten Veröffentlichungen des Zentrums steht nichts, was irgendwie eine Handhabe bietet, das Zentrum als eine „konfessionelle“ Partei auszugeben. Der Zweck war nicht nur, sich auf den Boden der paritätischen Verfassungen und der gegebenen parlamentarischen Verhältnisse zu stellen, sondern auch, Andersgläubigen, insbesondere Protestanten, welche bereit waren, mit dem Zentrum nach dessen Programm „das Recht und die Freiheit der Religionsgesellschaften“ zu vertreten, die Tür zum Zentrum weit aufzumachen. Auf diesem

Boden steht auch heute das Zentrum noch, und wenn auch die protestantischen Mitglieder des Zentrums, die zeitweise bis auf zehn angewachsen waren (in der Session 1878/81 betrug die Zahl zehn, in der folgenden Session neun, 1884/90 wieder zehn), stark zurückgegangen sind, so ist doch nicht die mindeste Veranlassung dazu vorhanden, für jetzt und für die Zukunft protestantischen Mitgliedern den Beitritt zum Zentrum unmöglich zu machen dadurch, daß man in die Definition des Zentrums als Partei das ausschließlich katholische hineinträgt.

Es ist ganz selbstredend, daß für die einzelnen katholischen Mitglieder des Zentrums ihre katholische Weltanschauung auch für ihre politische Tätigkeit in den parlamentarischen Körperschaften maßgebend ist, ebenso wie die jetzigen und früheren protestantischen Mitglieder des Zentrums dabei niemals darauf verzichtet haben, für ihr Wirken ihre eigene, protestantische Weltanschauung maßgebend sein zu lassen. Die protestantischen Mitglieder haben bisher die katholischen niemals daran gehindert, von ihrer katholischen Weltanschauung auszugehen, wie auch die katholischen selbstredend niemals versucht haben, die protestantischen Mitglieder bei Geltendmachung ihrer protestantischen Auffassung zu beengen. Man ging eben zusammen, wo man zusammengehen konnte, und es hat sich gezeigt, daß gläubige Katholiken und gläubige Protestanten ein sehr weites Stück Weges auf dem Boden der parlamentarischen Körperschaften zusammengehen können, insbesondere auch, wo es gilt, „die kirchliche Freiheit und das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen“. Wohl haben sich hier und da Gelegenheiten ergeben, wo die protestantischen Mitglieder des Zentrums von den katholischen sich trennten. Aber das geschah dann nahezu ausschließlich auf Grund einer anderen politischen Auffassung, wie ja zuweilen auch katholische Minoritäten sich absplitterten, nicht aber auf Grund konfessioneller Differenzen. Es ist nicht eine einzige Gelegenheit bekannt geworden, wo aus konfessionellen Gründen sich Schwierigkeiten ergeben haben.

Warum soll an diesen Verhältnissen gerüttelt werden?

Diese praktischen Erwägungen des „alten Zentrumsparlamentariers“ lösen die Schwierigkeit für die katholischen Mitglieder der Fraktion, ohne daß die Koerensche Definition (S. 33, 34) notwendig wäre. Die nichtkonfessionelle Fraktion als solche, die auch Nichtkatholiken umfaßt, kann nicht die „Uebereinstimmung“ mit den katholischen Glaubenssätzen in eine programmatische Erklärung aufnehmen, so wie die einzelnen katholischen Mitglieder ihren Glauben in allem als Richtschnur hochhalten müssen. Daraus ergibt sich, daß die katholischen Mitglieder des Zentrums in Weltanschauungsfragen niemals in Gegensatz zu ihrer religiösen Ueber-

zeugung geraten können; allerdings können sie in einer Einzelfrage zu den nichtkatholischen Mitgliedern der Fraktion in Gegensatz geraten.

In dieser Begrenzung kann ich auch der Formulierung zustimmen, wie sie in dem bereits zitierten Artikel des Westfälischen Volksblattes (Nr. 236, 31. Aug. 1913) gegeben ist:

Ohne weiteres ist zuzugeben, daß bei politischen Organisationen, deren Tätigkeit sich auf das gesamte öffentliche Leben mit seinen religiösen und sittlichen Fragen bezieht, auch die Organisation selbst, nicht bloß das einzelne Mitglied, die Lehren der katholischen Kirche nicht außer acht lassen darf.

Dies „Nichtaußerachtlassen“ ist praktisch stets in der Zentrumsfraktion gehandhabt worden; niemals ist deshalb eine Schwierigkeit entstanden.

Im übrigen sollten alle Fraktionen in jeder Frage, in welcher die Weltanschauung entscheidend in Betracht kommt, darauf Rücksicht nehmen, wie die Katholiken, insbesondere auch die katholischen Mitglieder des Zentrums, zu einer solchen Frage stehen, während andererseits die Fraktion des Zentrums, ebenso wie jedes einzelne katholische Mitglied derselben, sich stets gegenwärtig halten muß, daß die große Mehrheit der Mitglieder der anderen Fraktionen eine nichtkatholische Weltanschauung hat. So ist es auch in ruhigen Zeitabschnitten gehalten worden. Bei Erlaß des Bürgerlichen Gesetzbuches ist es unter der Führung Dr. Liebers und von Bennigsen gelungen, für die besonders schwierigen eherechtlichen Fragen eine Lösung zu finden, welche vom katholischen Standpunkt erträglich erschien. Die Kontroversfragen der Konfessionen soll und kann man im Parlament nicht austragen. Möge man sich auf allen Seiten immer gegenwärtig halten, was Windthorst auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Bochum (1889) erklärte: „Die Kontroversfragen der Konfessionen gehören nicht in die politische Agitation, sondern in die wissenschaftliche Diskussion, in den Katechismusunterricht und auf die Kanzel, und auch da werden sie auf beiden Seiten in einer würdigen und angemessenen Sprache zu behandeln sein.“

Ueber die hier behandelte Frage gebe ich nachstehend noch wieder, was ein namhafter Theologe, der seit vielen Jahren mitten im öffentlichen Leben steht, mir nach dem Erscheinen der ersten Auflage meiner Schrift geschrieben hat.

Geheimrat Noeren operiert mit dem Sage: „Was für den einzelnen gilt, muß auch für die Partei gelten“ (S. 48). Z. B.: Wenn von 50 Personen jeder die kath. Weltanschauung haben muß — Noeren will ja in der Fraktion nur Katholiken —, dann auch die Summe dieser Fünzig. Dieser Schluß scheint konkludent, unabweisbar, und er ist es auch, der manche auf die Seite Noerens führt, weil sie nicht einzusehen vermögen, daß die Weltanschauung der einzelnen nicht auch die der Fraktion zu sein braucht. Und doch ist der Schluß ein Fehlschluß! Er ist theoretisch (theologisch) falsch. Der ganze Irrtum Noerens läut darauf hinaus, daß er den kath. Kirchenbegriff auf die Fraktion überträgt. Das geht aber nicht an.

Die Kirche ist von obenher gegründet, durch Christus. Der Stifter hat der Kirche eine gewisse Summe von Lehren-, Glaubens- und Sittenlehren übergeben (Corpus doctrinae christianae). Darauf basiert ihre Weltanschauung. Dazu das Charisma der Unfehlbarkeit in Bewahrung und Interpretation dieser Lehren. Weil mit diesem Charisma ausgestattet, darf sie Gehorsam fordern, die Gewissen binden, darf sie auch Zwang ausüben (vis coactiva), und sie hat diesen Zwang ausgeübt mit verschiedenen Mitteln, je nach den Zeitverhältnissen, bis zur Exkommunikation.

Anders die Fraktion. Sie ist von unten her entstanden, aufgebaut durch den Zusammenschluß der einzelnen. Sie ist keine Realität wie die Kirche, sondern ein purum nomen; sie hat an und durch sich kein Corpus doctrinae wie die Kirche, keine Weltanschauung. Wenn von einer solchen die Rede ist, dann ist es immer nur die Weltanschauung der Individuen.

Nun hätten ja die Gründer der Fraktion für diese eine Weltanschauung zwar nicht schaffen, aber doch adoptieren und durch die Satzungen vorschreiben können, etwa die katholische. Sie hätten dann eine politische Partei mit katholischer Weltanschauung und nur für Katholiken geschaffen, also eine Erneuerung der alten katholischen Fraktion der fünfziger Jahre. Das wollten sie bewußter- und erwiesenermaßen nicht; sie wählten für das neue Gebilde eine andere, eine breitere Grundlage, die Verfassung mit einigen besonderen programmatischen Sätzen. Dadurch war auch Protestanten der Beitritt ermöglicht, wenn sie sich zu diesem Programm bekannten. Und wenn sie die katholische Weltanschauung in das Programm aufgenommen hätten, was wäre damit erreicht gewesen? Nichts, rein nichts! Denn die Fraktion hätte diesen Punkt nicht durchzusetzen vermocht. Als rein weltliche Institution hatte sie keine Gewähr für die treue Bewahrung und richtige Interpretation der adoptierten katholischen Weltanschauung, konnte darum die Gewissen der einzelnen nicht binden, keinen unbedingten Gehorsam verlangen, hatte auch den Gewissen der einzelnen gegenüber keine vis coactiva = Fraktionenzwang.

Jeder einzelne konnte sagen: eure, meinetwegen der Majorität, Auffassung von der katholischen Weltanschauung ist falsch. Was verbürgt mir die Richtigkeit? Sie kann mich nicht binden, ich entscheide und stimme nach meiner persönlichen Anschauung, nach meinem Gewissen. Das ist alles dagewesen: bei der Frage der Leichenverbrennung, letzters bei der Frage, ob gegen Dissidentenkinder Zwang für Besuch des Religionsunterrichts zulässig ist oder nicht.

Hätten die Gründer der Fraktion den Roerenschen Satz in das Programm aufgenommen, dann mußte die Fraktion in jedem zweifelhaften Falle eine Entscheidung geben über Einklang oder Nichteinklang mit der katholischen Weltanschauung. Das kann sie nicht, weil sie keine kirchliche Instanz ist. Täte sie es, dann würde sie sich eines Eingriffes in die Befugnisse des kirchlichen Lehramtes schuldig machen. Sie müßte in solchen Fällen stets an das kirchliche Lehramt sich wenden — bis hinauf zum Papste, und dann proklamieren: das ist katholische Weltanschauung, danach habt ihr zu entscheiden und zu stimmen. Das ist aber meistens nicht einmal möglich, weil die Entscheidung rasch getroffen werden muß. Also praktisch nicht durchführbar!

Ergebnis: Der Roerensche Satz ist theoretisch (theologisch) falsch und praktisch undurchführbar. Darum handelten die Gründer der Fraktion weise und praktisch, indem sie einen solchen Satz nicht in das Programm aufnahmen. Sie überließen die Entscheidung jedem nach seiner Weltanschauung. Wie in den mannigfachen Situationen des täglichen Lebens, so entscheidet der Abgeordnete auch in politischen und Fragen der Weltanschauung nach seiner Gewissensüberzeugung, nach einer Weltanschauung, welche für den Katholiken natürlich die katholische ist. Die Fraktion erstrebt Klärung in der Diskussion, Verständigung und Einigung, übt aber keinen Zwang, überläßt vielmehr die Entscheidung jedem einzelnen. Werden dann Fehler begangen, dann ist es nicht so schlimm, als wenn die ganze Fraktion durch Beschluß einen Irrtum begangen hätte. So rechtfertigt sich der Satz in dem Grundstatut der Zentrumsfraktion (S. 16 dieser Schrift).

Am 27. Oktober hat sich auf einer großen Zentrumsversammlung zu Saarbrücken-Malstatt auch der Abg. Erzberger gegen die Bestrebungen gewandt, „die an dem alten Zentrum herumdefinieren und ein neues Zentrum, das keinerlei Zentrum mehr wäre, ins Leben rufen“ wollen. Er bemerkte dabei mit Bezug auf den Versuch, die Bischöfe in den „Zentrumsstreit“ zu setzen:

Wir lehnen alle Bestrebungen ab, die auf eine Begriffsbestimmung oder Definition über das Zentrum hinausgehen. Sie sind nicht nützlich und nicht notwendig (stürm. Zustimmung), sie sind überflüssig und im höchsten Grade schädlich für die Interessen, die wir vertreten müssen. Wir sind 40

Jahre ohne eine solche Begriffsbestimmung ausgekommen. Weber Konservative, noch Liberale, noch Sozialdemokraten haben eine solche Bestimmung. Nur eine Partei hat sie, die Deutsche Volkspartei, die es auf nur sieben Mandate gebracht hat. Wo sind auch neue Tatsachen, die eine solche Begriffsbestimmung notwendig machten. Sie bringen uns auf keinem Gebiete parlamentarischer Arbeit vorwärts, sondern bereiten uns im Gegenteil große Schwierigkeiten. Der Satz „im Einklang mit der katholischen Weltanschauung“ würde dem Episkopat mehr Unannehmlichkeiten bringen, als ihm lieb wäre. Er würde für alles verantwortlich gemacht werden, für das Tun und Lassen des Zentrums. Welch bequemen Blitzableiter hätte der jeweilige Ministerpräsident und Kultusminister in einem Staate, wo nur ein Bischof, wie z. B. Württemberg, ist. Die Einfügung dieses Satzes wäre der Ruin für unsere ganze parteipolitische Bewegung.



Die Gleichsetzung von Individuum und Fraktion gegenüber der „katholischen Weltanschauung“ kann auch nicht, wie die Roerensche Schrift es tut, darauf gestützt werden, daß auf evangelischer Seite zuweilen die Konservativen als evangelische Fraktion angesprochen worden sind. So hat das Hauptorgan der konservativen Partei, die Kreuzzeitung, unterm 25. September 1910 (Nr. 449) erklärt, daß die konservative Partei tatsächlich eine evangelische Partei, und zwar eine „positiv-evangelische“ Partei sei, die sich „die Pflege der evangelischen Kirche und ihrer Interessen als positive Aufgabe“ stellen müsse. Aus der Konservativen Korrespondenz (Dezember 1903) zitiert die Roerensche Schrift den als „beschämend für jedes Zentrumsmitglied, das nicht wagt, für die katholische Weltanschauung seiner Partei einzutreten“ bezeichneten Ausspruch: „Die konservative Partei steht unerschütterlich fest auf dem evangelischen Bekenntnis; sie weiß, daß zwischen Wittenberg und Rom ein Ausgleich nicht möglich, sondern der Kampf geboten ist.“

Es ließen sich solcher Kundgebungen aus dem konservativen Lager noch mehr anführen; aber für die Roerensche These beweisen sie ebensowenig wie entsprechende Äußerungen von Zentrumsbältern oder Zentrumsabgeordneten, an denen ja auch kein Mangel ist, und welche die Roerensche Schrift sorgfältig verzeichnet. Es sind das vielfach aus einem polemischen oder taktischen Bedürfnis des

Augenblicks hervorgegangene Auslassungen, zu denen sich die Partei als solche niemals bekennen wird und bekennen kann, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, daß sie in der Tat ein rein konfessionelles Gebilde sei. Man kann solche Rundgebungen auf evangelischer Seite benutzen, um den Konservativen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie kein Recht haben, über Konfessionalität des Zentrums zu reden, wenn hier oder dort innerhalb der Zentrumspartei in Wort und Schrift eine Äußerung in der Richtung der Auffassung des Zentrums als konfessionelle Fraktion erfolgt, da es ja an solchen Rundgebungen in ihrem eigenen Lager nicht fehle. Aber man zeige mir eine einzige programmatische Erklärung der konservativen Fraktion als solcher im Sinne der vorstehenden Zitate. Es gibt keine, und wenn es eine gäbe, so brauchte deshalb das Zentrum doch nicht denselben, nach Lage die deutschen Verhältnisse für die Zentrumspartei ganz besonders verhängnisvollen Fehler zu begehen. Wäre die konservative Partei als solche eine konfessionell-evangelische Partei im Sinne jener Zitate, so würde sicher ein so bekenntnistreuer Katholik wie der Regierungspräsident a. D. v. Gescher in Münster ihr nicht als Mitglied angehören.



Wie bemerkt, fehlte und fehlt es auch auf katholischer Seite nicht an Äußerungen, welche die Koerensche Schrift mit größerem oder geringerem Recht für die These in Anspruch nehmen kann, daß wie der einzelne katholische Zentrumsabgeordnete so auch die Fraktion des Zentrums als solche auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehen müsse. Meist sind diese Äußerungen aus der Zeit des akuten kirchenpolitischen Konfliktes, wo alle bekenntnistreuen Katholiken nur den einen Gedanken hatten, die schwer bedrohte Existenz und Unabhängigkeit ihrer Kirche auf deutschem Boden zu retten und aus diesem alle anderen Erwägungen zurückdrängenden Gedankengange heraus bei jeder Gelegenheit Stellung nahmen und auf die öffentliche Meinung in der katholischen Bevölkerung einzuwirken suchten.

Die Koerensche Schrift beruft sich besonders auf Äußerungen Hermann v. Mallinckrodt's, der in der Schrift geflissentlich gegenüber Windthorst in den Vordergrund geschoben, häufiger als Windthorst zitiert und sogar wiederholt als der „eigentliche Träger des Zentrumsgedankens“ bezeichnet wird.

Nichts kann mir natürlich ferner liegen, als die Bedeutung dieses ausgezeichneten und wahrhaft verehrungswürdigen Mannes, dieses Ritters ohne Furcht und Tadel, dessen feierliche Beisetzung in Boeddeken zu den weihvollsten Erinnerungen meines Lebens gehört, irgendwie verkleinern zu wollen. Aber Hermann v. Mallinckrodt als den „eigentlichen Träger des Zentrumsgedankens“ zu bezeichnen, das geht nicht an. Das ist ungerecht gegen Windthorst, und von Mallinckrodt selbst würde diese Bezeichnung auf Kosten Windthorsts am entschiedensten zurückgewiesen haben.

Wer die Geschichte des Zentrums von den ersten Anfängen an publizistisch und parlamentarisch mit durchlebt hat, weiß das. Hr. Koeren ist zwei Legislaturperioden später ins parlamentarische Leben getreten als der Verfasser dieser Abhandlung. Er kam erst 1882 in das Preussische Abgeordnetenhaus und erst 1893 in den Deutschen Reichstag. Es ist daher auch, gelinde gesagt, eine starke Trope, wenn Kaplan Schopen in einem ungehaltenen Vortrage, den er unter dem Titel „Zur fortlaufenden Orientierung für gebildete Kreise“ unterm 15. Dezember 1912 in M. Gladbach im Druck erscheinen ließ, von dem Abgeordneten Koeren sagt, er habe „vierzig Jahre Schulter an Schulter mit Windthorst und Mallinckrodt in den Reihen des Zentrums gefochten“! Als der Abgeordnete Koeren in den Landtag kam, war Hermann v. Mallinckrodt schon seit acht Jahren tot, und mit dem Abgeordneten Windthorst ist Hr. Koeren nur drei Jahre im Parlament gewesen, und zwar im Preussischen Abgeordnetenhause von 1882 bis 1885. Erst im Todesjahr des Abgeordneten Windthorst (gest. 14. März 1891) trat Hr. Koeren wieder in das Abgeordnetenhaus, während er im Reichstage, dem er seit 1893 angehörte, überhaupt nicht mit Windthorst zusammen war.

Auch das sage ich nicht, um die verdienstliche Tätigkeit des Hrn. Oberlandesgerichtsrats Koeren auf verschiedenen Gebieten irgendwie herabzusetzen. Niemand kann sie bereitwilliger anerkennen als ich, der ich so oft mit Hrn. Koeren zusammen gearbeitet habe. Aber der geschichtlichen Wahrheit muß ihr Recht werden bzw. bleiben.

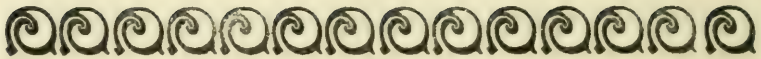
Hermann v. Mallinckrodt kann allerdings, obwohl er später auf den Boden der nichtkonfessionellen Fraktion trat (s. S. 18), mit einem gewissen Recht von den bewußten oder unbewußten Vertretern des konfessionellen Charakters des Zentrums in Anspruch genommen werden. Er lebte eben mehr wie die übrigen Führer des Zentrums in den Traditionen der ehemaligen „Katholischen Fraktion“. Und seine parlamentarische Wirksamkeit als Zentrumsabgeordneter fällt lediglich in den Anfang der siebziger Jahre (er starb schon in der Pfingstwoche 1874), wo die kirchenpolitische Frage das ganze Interesse des Zentrums beherrschte und neben ihr kaum eine andere Frage in Betracht kam, wo die Katholiken um Sein oder Nichtsein ihrer Kirche auf deutschem Boden kämpfen mußten.

Windthorst dagegen hat den Zentrumsfraktionen des Deutschen Reichstages und des Preussischen Abgeordnetenhauses seit ihrer Gründung bis zu seinem Tode (1891) angehört, und zwar mehr und mehr als der unbestrittene, alle überragende Führer. Er war es besonders, der den politischen nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumsfraktion, so wie sie heute ist, klar, scharf und bewußt herausgearbeitet hat. Er hat dem kurzen Programm des Zentrums durch die von ihm geleitete Gesamttätigkeit der Fraktion auf den verschiedensten Gebieten erst den vollen Inhalt gegeben, so daß man in Wahrheit von einer Windthorstschen Tradition des Zentrums reden kann. Niemand hat so klar wie Windthorst erkannt, daß es unbedingt notwendig ist, an dem politischen nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums unentwegt festzuhalten, da nur so, nach Lage der deutschen Verhältnisse, die Fraktion eine ersprießliche Wirksamkeit auch in der Vertretung der berechtigten Interessen des katholischen Volksteils ausüben kann.

Wäre Windthorst noch unter uns, so würde niemals der Versuch gewagt worden sein, das Zentrum nach Art der Ostersdienstagskonferenz zu „definieren“. Von solchen Definitionen hielt Windthorst nichts, auch nicht von detaillierten Programmen, durch welche man die Tätigkeit des Zentrums zuweilen festlegen wollte. Als 1883 auf der Düsseldorfer Generalversammlung der Katholiken Deutschlands der Versuch gemacht wurde, die gesamte sozialpolitische Tätigkeit der Zentrumsfraktion in die Zwangsjacke eines paragraphenreichen katholisch-sozialen Programms zu stecken, drohte Windthorst die Generalversammlung zu verlassen, wenn diese Thesen ihr vorgelegt würden. Er war stark genug, durch diese Drohung die Beiseitelassung durchzusetzen.

Wie gut das Zentrum dabei gefahren ist, hat noch unlängst der angesehene Straßburger Staatsrechtslehrer Dr. Hermann Rehm in seinem Buch „Deutschlands politische Parteien“ anerkannt, indem er schreibt: „Das Zentrum, der Meister politischer Aktion, ist bis heute ohne festes Parteiprogramm geblieben und hat trotzdem seine Lebensfähigkeit mehr als genug bewiesen.“ Und nach Anführung der Richtlinien, welche die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages 1871 aufgestellt hat, fährt Rehm fort: „Auf Grund dieser Grundsätze hat das Zentrum bisher seine Politik eingerichtet und hat vor den Wahlen und bei besonderen Gelegenheiten die für die betreffende Zeit und Lage der Verhältnisse gebotenen besonderen Erklärungen abgegeben und ist sehr gut dabei gefahren.“





s. Wie würde eine Definition des Zentrums im Koerenschen Sinne wirken?

Die Koerensche Schrift sucht in längeren Ausführungen darzutun, daß eine Definition des Zentrums, wie die Osterdienstagskonferenz und Herr Koeren selbst sie vertritt, das Zentrum nicht zu einer konfessionell-katholischen Fraktion machen solle und machen würde.

Es soll nun nicht behauptet werden, daß alle Teilnehmer an der Osterdienstagskonferenz mit der Zustimmung zu den Verhandlungen derselben die Absicht gehabt haben, das Zentrum zu konfessionalisieren. Aber in Wirklichkeit würde das Zentrum durch die in Rede stehende Definition Koerens zu einem konfessionellen Gebilde; es würde jedenfalls im öffentlichen Leben Deutschlands allgemein als ein solches betrachtet werden. Alle protestationes dagegen würden nur als *factis contrariae* gelten.

Zunächst leuchtet ein, daß bei Annahme der Definition der Osterdienstagskonferenz der fernere Zutritt nichtkatholischer Mitglieder zur Zentrumsfraktion für die Zukunft völlig ausgeschlossen wäre. Diese Definition verlegt Nichtkatholiken den Weg zum Zentrum. Man kann ruhig behaupten, daß, wenn die Zentrumsfraktion in ihr Programm eine Definition von der Art der Osterdienstagskonferenz aufgenommen hätte, nicht ein einziges der evangelischen Mitglieder dem Zentrum beigetreten wäre, welche demselben seit seiner Gründung angehört haben, am

wenigsten das hervorragendste und einflußreichste der nichtkatholischen Mitglieder, Dr. Brüel. Ein auf dem Boden seines Bekenntnisses stehender positiver Protestant könnte es auch nicht, ohne bei seinen Konfessionsgenossen den Anschein zu erwecken, als gebe er seine „evangelische Weltanschauung“ preis. Das würde jede Unterstützung seiner Wahl durch Nichtkatholiken unmöglich machen. Und im Falle seiner Wahl durch eine Mehrheit von Katholiken wäre in diesem Falle seine Wirksamkeit gegenüber den eigenen Konfessionsgenossen völlig gelähmt.

Auf Grund des Programms des Zentrums aber haben überzeugte Evangelische dem Zentrum beitreten können und können ihm ferner beitreten, so sehr dies auch z. B. durch die in weiten evangelischen Kreisen betriebene konfessionelle Hege und auf der anderen Seite durch Bestrebungen, wie diejenigen der Anhänger der Ofterdienstagskonferenz, erschwert wird.



Die Koerensche Schrift macht, beiläufig bemerkt, viel Aufhebens davon (S. 78), daß die Kölnische Volkszeitung in einem Artikel (Nr. 454 vom 26. Mai 1907) „mit der Möglichkeit rechnete, daß fünfzig oder hundert protestantische Abgeordnete ins Zentrum eintreten würden“, und meine, „daß dieselben mit Freuden aufgenommen würden und alsdann das Zentrum durchaus nichts anderes wäre, als es heute auch ist.“

Die Koerensche Schrift erblickt darin offenbar so etwas wie den Wunsch, das Zentrum möge protestantisiert werden. In Wirklichkeit handelt es sich in dem fraglichen Artikel um eine grundsätzliche Ausführung vom Boden des Zentrumsprogramms. Die einschlägigen Sätze lauten im Zusammenhang:

Wenn morgen fünfzig oder hundert protestantische Abgeordnete in die Zentrumsfraktion des Reichstages oder des preussischen Abgeordnetenhauses eintreten wollten, und zwar lediglich auf Grund des politischen Programms und der praktisch politischen Arbeit dieser Fraktionen, so würden sie mit Freuden aufgenommen werden. Als Protestanten brauchten sie nichts von ihren religiösen Ueberzeugungen und Bestrebungen aufzugeben, solange sie

nur die staatsrechtliche Parität der Katholiken gelten lassen. Die Fraktionen ihrerseits brauchten an Programm, Statuten, praktischer Politik und inneren Einrichtungen nicht das mindeste zu ändern. Die bisherigen katholischen Mitglieder würden durch ihren Beitritt in nichts behindert werden, was sie bisher verfolgten. Die zahlreichen neuen protestantischen Mitglieder würden sich in dem Schoße der Fraktionen ebenso wohl fühlen, wie es die wenigen protestantischen Mitglieder schon getan haben, welche bisher den Fraktionen beigetreten waren. Sie würden vom Boden der Fraktionspolitik aus auch die religiösen Interessen der protestantischen Landeskirchen ebenso schützen können, wie es die katholischen Mitglieder in bezug auf die religiösen Interessen der Katholiken stets getan haben und weiter tun werden. Nichts würde dabei von ihnen verlangt werden wie die Anerkennung der vollen Parität der Katholiken, welche ja von den Katholiken auch den Protestanten zugestanden wird, und dazu gegenseitige Gerechtigkeit und Billigkeit. Wenn heute im Zentrum des Reichstages fünfzig oder hundert protestantische Mitglieder säßen, so würde niemand daran denken, zu behaupten, daß das Zentrum eine politische Partei „auf konfessioneller Grundlage“ wäre. Und doch wäre alsdann das Zentrum durchaus nichts anderes, als es heute auch ist.

An der Verwirklichung des Zentrumsprogramms würde in der Tat nichts geändert, wenn eine größere Anzahl protestantischer, auf dem Boden des Zentrumsprogramms stehender Abgeordneten dem Zentrum sich anschließen.

Im übrigen ist jede „Befürchtung“ im Sinne der Koerenschen Schrift mit Bezug auf die Zusammensetzung des Zentrums gegenstandslos. Wie die Dinge in Deutschland liegen, wird es schon sehr schwer zu erreichen sein, daß nur wieder soviel Evangelische sich enger an das Zentrum anschließen, wie es in der größten Zeit des Zentrums der Fall war. Vielleicht wäre es aber besser gewesen, in jenem Artikel von 1907 die Eventualität des Eintretens „von 50 oder 100 protestantischen Abgeordneten“ ins Zentrum gar nicht an die Wand zu malen. Man mußte darauf gefaßt sein, daß dieser Passus mißdeutet werden würde, wenn auch der Satz in seinem vorangeführten Zusammenhang anders klingt, als in der von Herrn Koeren beliebten Verkürzung.



Für die These, daß eine Definition des Zentrums im Sinne der Osterdienstagskonferenz in Wirklichkeit das Zentrum als eine

katholisch-konfessionelle Fraktion erscheinen lassen werde, eine Fraktion nur von und nur für Katholiken, die in alle das öffentliche Leben bewegende Fragen einseitig katholisch-kirchliche Gesichtspunkte hineintragen werde, liefert im übrigen die Koerensche Schrift selbst an zahlreichen Stellen Stützpunkte.

Auf Seite 35 heißt es:

Es ist eingewandt worden, daß es doch in der Politik manche Dinge gebe, die mit katholischer Weltanschauung nichts zu tun hätten. Selbst wenn dies richtig wäre, so würde dadurch gegen den angefochtenen Satz (der Osterdienstagskonferenz) nicht das geringste bewiesen werden.

Der Verfasser scheint hiernach also in Zweifel ziehen zu wollen, daß es überhaupt in der Politik manche Dinge gebe, die mit „katholischer Weltanschauung“ nichts zu tun hätten, obwohl es dieser Dinge sehr, sehr viele gibt.

Auf Seite 36 wendet sich die Koerensche Schrift noch einmal gegen den Satz, „daß gewisse politische Einzelfragen mit Weltanschauung (also hier der katholischen in Koerenscher Auffassung) nichts zu tun hätten“ und bemerkt dazu:

Gibt es wirklich solche Fragen, vielleicht geschäftlichen oder technischen Inhalts, dann versteht sich von selbst, daß für sie auch vom Einklang mit der Weltanschauung nicht die Rede sein kann.

Herr Koeren drückt hier also nochmals den Zweifel aus, ob es einen großen Komplex solcher Fragen gebe. Und doch zeigt ein Blick auf die Verhandlungsgegenstände unserer Parlamente, daß die weitaus größte Zahl derselben mit einer spezifischen Weltanschauung (hier der katholischen im Koerenschen Sinne) nichts oder nur sehr wenig zu tun hat: Staatsrechtliche Fragen der verschiedensten Art, Heeres- und Flottenfragen, Finanz- und Steuerfragen, juristische Fragen und zahllose Fragen „geschäftlichen oder technischen Inhalts“. Man vergegenwärtige sich nur die Hauptvorlagen, welche den Deutschen Reichstag in den letzten beiden Legislaturperioden beschäftigt haben: die Reichsfinanzreform, die Verfassung für Elsaß-Lothringen, die Reichsverfahrensordnung, die große Heeresvorlage und die dazu gehörigen

Deckungsvorlagen Wer könnte nachweisen, wo die katholische Weltanschauung bei diesen Vorlagen in Frage kommt und wie eventuell der „Einklang“ mit der katholischen Weltanschauung herzustellen wäre.

Wendungen, wie die oben verzeichneten auf Seite 35 und 36 der Roerenschen Schrift lehren dort noch mehrfach wieder. Wer aber so etwas schreibt, erweckt damit mindestens den Verdacht, daß er sozusagen in alle Fragen des öffentlichen Lebens das konfessionelle Moment hineinziehen bzw. hineinzerrren und in der Tat die Fraktion des Zentrums konfessionalisieren wolle.

Eine in diesem Zusammenhange besonders charakteristische Ausführung findet sich auch auf S. 97 und 98 der Roerenschen Schrift. Dort wird erwähnt, daß Windthorst am 3. Februar 1890 auf einem Parteitage der rheinischen Zentrumsparlei zu Köln seine Rede mit einem Hoch auf den Papst geschlossen habe, und dazu bemerkt:

Das sind vergangene Zeiten, über die nur noch die Geschichte des Zentrums zu berichten weiß. Damals, unter Führung Windthorsts, war es so auf den Zentrumsversammlungen; jetzt, unter Kölner Führung, ist es anders geworden. Das Papsthoch ist aus den Parteiversammlungen verschwunden.

Hr. Roeren scheint es hiernach für richtig zu halten, daß alle politischen Versammlungen der Zentrumsparlei mit einem Hoch auf den Papst geschlossen werden. Windthorst selbst hat jedoch auf der betreffenden Versammlung nicht lediglich auf den Papst ein Hoch ausgebracht, sondern, was Hr. Roeren hervorzuheben unterläßt, im Zusammenhang seiner damaligen Rede auf Papst und Kaiser, die beiden höchsten Autoritäten in Kirche und Staat. Ein Hoch auf den Papst in einer politischen Zentrumsversammlung gleichsam als Regel gab es auch zu Windthorsts Zeiten nicht, ebensowenig wie heute, während überall, wo Katholiken als solche zur Beratung katholischer Angelegenheiten versammelt sind, alle gern und freudig in ein Hoch auf das Ober-

haupt ihrer Kirche einstimmen werden. Windthorst hat auch meines Wissens niemals lediglich ein Papstthron in einer Parteiversammlung des Zentrums ausgebracht. Wenn Hr. Roeren rügt, daß es heute nicht geschehe und dies der „Kölner Richtung“ auf ihr Schuldkonto schreibt, so erweckt er damit nur wieder den Schein, daß er und seine „Richtung“ das Zentrum in der Tat als ein konfessionell-katholisches Gebilde auffassen, das sich lediglich nach katholisch-kirchlichen Gesichtspunkten zu orientieren und lediglich katholisch-kirchliche Interessen zu vertreten habe.

Hr. Oberlandesgerichtsrat Roeren scheint auch der Meinung zu sein, daß die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages dem Wunsche des Papstes, sie möge das Septennatsgesetz annehmen, um dadurch die Regierung den Katholiken und dem Hl. Stuhl günstiger zu stimmen, hätte willfahren müssen; denn am Schlusse seiner Schrift bezeichnet er ganz allgemein Unterscheidungen zwischen päpstlichen „Vorschriften“, „Wünschen“ und „Meinungen“ als „künstelnd“ und sucht aus der Haltung des Zentrums in der Septennatsfrage sogar noch eine Willfährigkeit der Fraktion gegenüber dem Wunsche des Apostolischen Stuhles heraus zu interpretieren.

Diese Deutung gibt die Roerensche Schrift der anlässlich des päpstlichen Wunsches durch den Freiherrn zu Franckenstein an den Kardinalstaatssekretär Jacobini im Jahre 1887 gerichteten Anfrage, „ob es dem Interesse der Kirche entspräche, wenn unsere Mandate im Reichstage nicht fortdauernten“. Das zeige (S. 103), daß die Zentrumsfraktion des Reichstages als solche sich als auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehend betrachtet habe.

Diese Deutung ist unhaltbar. Freiherr zu Franckenstein bzw. Windthorst dachten nicht daran, den Fortbestand des Zentrums, das ja keineswegs lediglich kirchliche Interessen zu vertreten hat, von der Entscheidung der höchsten kirchlichen Autorität abhängig zu machen. Es sollte vielmehr durch jene Frage dem Kardinalstaatssekretär

die ganze Verantwortung zum Bewußtſein gebracht werden, wenn er an das Zentrum eine Zumutung ſtellte, der die Fraktion nicht hätte entſprechen können, ohne ihre Stellung im deutſchen Parlament völlig zu untergraben und dadurch auch die berechtigten Intereſſen des Katholizismus in Deutſchland auf das ſchwerſte zu ſchädigen.

Wie Windthorſt in der Septennatsfrage dachte, zeigt am beſten das in der Roerenſchen Schrift nicht erwähnte, im Einverständnis mit Windthorſt an den Kardinalſtaatsſekretär am 16. Januar 1887 gerichtete denkwürdige Schreiben des Freiherrn zu Franckenſtein, welches lautete (Hüſgen, l. c. S. 232):

Ich brauche nicht zu ſagen, daß das Zentrum immer glücklich war, den Weiſungen des Hl. Stuhles nachzukommen, wenn es ſich um kirchliche Geſetze handelte. Ich habe mir aber ſchon im Jahre 1880 erlaubt, darauf aufmerkſam zu machen, daß es für das Zentrum abſolut unmöglich iſt, bei nicht kirchlichen Geſetzen gegebenen Direktiven Folge zu leiſten. Nach meiner Anſicht würde es ein Unglück für das Zentrum und eine Quelle von Unannehmlichkeiten für den Hl. Stuhl ſein, wenn das Zentrum in Fragen, welche die Rechte der Kirche nicht berühren, ſich Inſtruktionen vom Hl. Stuhl erbitten würde.

Kardinalſtaatsſekretär Jacobini hatte die Falle nicht erkannt, welche Fürſt Bismarck dem Apoſtoliſchen Stuhl und dem Zentrum geſtellt hatte. Windthorſt erkannte ſie ſofort und leiſtete durch ſeine Weigerung, in der Septennatsfrage dem Wunſche des Papſtes zu entſprechen, auch dem Katholizismus in Deutſchland den größten Dienſt. „Vorübergehend mag ja,“ wie ich in meinem Windthorſt gewidmeten Artikel im Staatslexikon der Görresgeſellſchaft geſagt habe, „durch eine Einwirkung der Kurie auf die Zentrumsfraktion, welche eine den Intentionen der jeweiligen Regierung entſprechende Erledigung politiſcher oder militäriſcher Fragen herbeizuführen vermöchte, ein ſpezifisch kirchliches Einzelintereſſe gefördert werden; dadurch würde aber in keiner Weiſe der Schaden aufgewogen, welcher der Geſamtſtellung der deutſchen Katholiken im öffentlichen Leben erwachſen müßte, wenn mit Recht darauf hingewieſen werden könnte, daß die Zentrumsfraktion ihr Verhalten gegenüber

bedeutungsvollen Fragen nichtkirchlichen Charakters von den Wünschen einer kirchlichen Instanz abhängig mache. Man würde daraus eine mit der Selbständigkeit einer deutschen parlamentarischen Gruppe und unter Umständen mit dem Reichs- und Landesinteresse unverträgliche Abhängigkeit von kirchlichen Einflüssen herleiten.“

Fürst Bismarck hätte gegebenenfalls zu argumentieren nicht verfehlt: Wenn das Zentrum auf den Wunsch Roms einer Militärvorlage zustimmt oder zustimmen muß, so kann es auch einmal in die Lage kommen, auf Wunsch Roms eine deutsche Militärvorlage abzulehnen, und so würde denn die Entscheidung über eine Lebensfrage des Deutschen Reiches vom Papst abhängig sein, ein des Deutschen Reiches unwürdiger, unerträglicher Zustand. Male man sich einmal aus, was Fürst Bismarck im großen Kulturkampf, und was die Gegner des Zentrums in der Folgezeit mit einem solchen Argument gemacht hätten und hätten machen können!



Recht bezeichnend ist es auch für den Geist der Roerenschen Schrift, daß sich in derselben kein Satz findet, welcher die Frage des Zentrumscharakters auch unter dem staatspolitischen Gesichtspunkt, der bei einer deutschen parlamentarischen Fraktion doch auch in Betracht kommt, behandelt. Kein Satz findet sich, der Verständnis und Empfindung dafür zeigt, wie wichtig es im Interesse eines Staatswesens ist, in welchem die Konfessionen so gemischt sind wie im Deutschen Reiche, daß die Trennung im Glauben, welche durch Gottes Zulassung die Bevölkerung spaltet und so viele Schwierigkeiten auch im öffentlichen Leben schafft, sich nicht mehr geltend mache, als die notwendige Wahrung des Glaubensstandpunktes es erheischt. Kein Satz findet sich in der Schrift, der zeigt, wie wichtig es im staatlichen Interesse wie im Interesse der konfessionellen Minderheit ist, daß der Fraktion des Zentrums auch Mitglieder evangelischen Bekenntnisses angehören und gemeinsam mit den Katholiken gemeinsame Angelegenheiten

beraten und in Fragen, in welchen die Gemeinsamkeit ausgeschlossen ist, wenigstens wohlwollendes Verständnis für die Wünsche und Interessen des katholischen Volksteiles gewinnen.

Ganz anders wie die einseitige Betonung doktrinär-konfessioneller Gesichtspunkte in der Roerenschen Schrift klingt es, wenn anlässlich der Protestversammlung der Kölner Katholiken gegen die bekannten Schmähungen des römischen Bürgermeisters Nathan gegen den Papst und die Kirche, welche am 16. Oktober 1910 in Köln in der Bürgergesellschaft abgehalten wurde, der verstorbene Kardinal Fischer nach dem Bericht der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 872 vom 17. Oktober 1910) unter anderem folgendes ausführte:

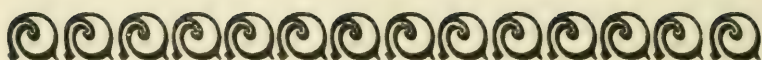
Das hindert uns nicht, daß wir gern im öffentlichen Leben Hand in Hand gehen, wo es nur angeht, mit unseren auf positivem Boden stehenden nichtkatholischen Mitbürgern im Vaterlande. Mit ihnen einigt uns insbesondere die gemeinsame Sorge für die Erhaltung des christlichen Charakters unseres Staatswesens, das Eintreten für die konfessionelle Schule, der grundsätzliche Kampf gegen die revolutionären Ideen der Gegenwart. Nein, wir deutschen Katholiken schließen uns nicht ab von unseren Mitbürgern und wollen keinen Staat im Staate bilden. Wenn wir auch unsere Kirche lieben und ihr in unwandelbarer Treue ergeben sind, so schlägt darum nicht minder warm unser Herz für das Vaterland, das auch unser Vaterland ist, haben wir ein Herz für unseres Volkes Wohl und Wehe, sind und bleiben überzeugte Katholiken, aber auch deutsche Katholiken und gewissenhafte, allen anderen gleichberechtigte Bürger.

Wie die fortgesetzten Erörterungen über den Charakter des Zentrums auch auf solche nichtkatholische Kreise wirken, welche den kirchenpolitischen Bestrebungen des katholischen Volksteiles in Deutschland, wenn auch nicht mit wünschenswertem Verständnis und Wohlwollen, so doch mit einer gewissen Objektivität gegenüberstehen, zeigt ein Artikel der Neuen Preussischen (Kreuz-)Zeitung, des Hauptorgans derjenigen Partei, ohne deren parlamentarische Unterstützung die deutschen Katholiken aus den Wirrnissen und Nöten des sog. großen Kulturkampfes nicht herausgekommen wären. In der Wochenrundschau seiner Nr. 395 (24. August 1913) bespricht das Blatt den Gewerkschaftsstreit, in welchem von einer extremen

Richtung in Deutschland eine weit über das Maß der von der kirchlichen Autorität nach der religiös-sittlichen Seite gezogenen Richtlinien hinausgehende konfessionelle Abschließung gefordert wird, und bemerkt dann mit Bezug auf den Zentrumsstreit u. a.:

Denken wir uns den von den Berlinern geforderten konfessionellen Abschließungsprozeß konsequent auf alle Lebensgebiete ausgedehnt, so ergäbe sich am Ende eine völlige Zerreißung unseres nationalen Lebens und eine päpstliche Oberherrschaft über den katholischen Teil der Bevölkerung, wie sie mit einem gesunden Staatsleben unvereinbar ist. Es handelt sich also um mehr als die politische Unabhängigkeit des Zentrums, und Dr. Bachem hat vollkommen recht, den Berlinern vorzuwerfen, daß sie Utopien nachjagen. Je mehr sie aber im deutschen Katholizismus Geltung gewinnen, und je mehr sie ihre Forderungen durchsetzen, um so unvermeidlicher wird der Krieg der beiden Konfessionen, die nun doch einmal darauf angewiesen sind, schiedlich-friedlich in gemeinsamer Arbeit miteinander auszukommen, und ein neuer Kulturkampf.

Das Schlagwort von den „Berlinern“ lehne ich ab. Die Kreuzzeitung hätte auch den Papst hier außer Spiel lassen sollen, da derselbe eine Oberherrschaft über „alle Lebensgebiete“ nirgends in Anspruch genommen, vielmehr die Selbständigkeit der Katholiken in rein politischen und wirtschaftlichen Fragen mehr als einmal in bestimmter Weise anerkannt und im Gewerkschaftsstreit eine Entscheidung getroffen hat, welche für das Zusammenwirken von Katholiken und Protestanten in diesen Organisationen hinreichend Raum läßt. Aber für die Stimmungen, welche durch den Zentrumsstreit und Verwandtes in ernstern evangelischen Kreisen ausgelöst werden, ist die vorstehende Auslassung der Kreuzzeitung in ganz anderer Weise beachtlich, als die meisten gegnerischen Preßstimmen, welche die Roerensche Schrift in ihrem jetzt zu behandelnden letzten Kapitel zur Unterstützung ihrer These zusammengestellt hat.



9. Stellung der nichtkatholischen Kreise gegenüber dem Zentrumsstreit.

Das so überschriebene letzte Kapitel der Koerenschen Schrift erhebt (S. 117) gegen die „Presse der Kölner Richtung“ folgenden Vorwurf:

Mit Sorgfalt pflegt sie jeden Artikel, der sich in irgendeinem liberalen oder katholikenfeindlichen Blatte findet und vielleicht in dem einen oder anderen Punkt der Osterdienstagskonferenz recht gibt und der Kölner Richtung Inkonsequenz vorhält, als Sympathiekundgebung für die erstere zu registrieren und daran für die Leser die Mahnung zu knüpfen, doch aus dem Lobe der Gegner erkennen zu wollen, wohin der Weg der „Ueberkatholiken“ führt.

Das klingt so, als ob die zahlreichen Zentrumsblätter, die sich seit 1909 gegen die Bestrebungen der Koerengruppe gewendet haben und wenden, sich nichts mehr angelegen sein ließen, als Stimmen aus der gegnerischen Presse gegen die Osterdienstagsleute auszunutzen. Wenn auch solche Preßstimmen verzeichnet worden sind, so war das ein Akt der Notwehr, wobei dahingestellt bleiben mag, ob nicht zuweilen das Maß der rechten Gegenwehr überschritten worden ist. Hr. Geheimrat Koeren kann daraus kein Recht herleiten, nun seinerseits eine Anzahl zum Teil sehr gehässiger Preßstimmen aus dem gegnerischen Lager zusammenzustellen und mit allen „Schiefheiten“ seinen Lesern vorzusetzen, um denselben den Schluß nahezu legen, wie verwerflich doch die „Kölner Richtung“ sei.

Wie wertlos solche Zitate sind, das sei wenigstens an einem der von Koeren benutzten Ausschnitte in aller Kürze dargetan. Auf Seite 120 zitiert die Koerensche Schrift einen Artikel (Nr. 9 vom Jahre 1912) aus dem radikal-modernistischen Neuen Jahrhundert, welcher dem Liberalismus nahe legt, „in seinem eigenen Interesse die Kölner Bestrebungen mehr noch als bisher zu unterstützen“. Der Artikel hatte in der Tat gesagt: „Was wir bei »Köln« begrüßen, das ist dessen energische Ablehnung jedes Eingreifens der päpstlichen Gewalt in rein politische Fragen“ und den „Liberalismus“ abgemahnt, Rom zum Schlag gegen „Köln“ zu provozieren. Aber dasselbe Neue Jahrhundert hat in seiner Nr. 28 vom Jahre 1910 (s. Hoerber a. a. D. Seite 109) einen Artikel gebracht, durch den sich wie ein roter Faden der Gedanke zog: Nur die von der Kölnischen Volkszeitung vertretenen Grundsätze und Anschauungen hemmten das Vordringen der Modernisten des Neuen Jahrhunderts. Erst wenn „Köln“ abgewirtschaftet haben werde, dann werde der „Radikalismus“ des Neuen Jahrhunderts in seiner Berechtigung erwiesen sein. „Man muß sogar von ganzer Seele wünschen, daß »Köln« seinen bornierten Gegnern unterliegen möge.“ Also: Bald so, bald so, wie's trifft!



Die Koerensche Zusammenstellung (S. 118) geht aus von einem Satz der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 731, 1912): „Man kennt ja seit den Tagen der Osterdienstagskonferenz die Ideenverbindung, die zwischen liberalen Organen und jenen Eigenbröttern und Quertreibern besteht.“ Hr. Koeren glaubt diese „Ideenverbindung“ in Abrede stellen zu können, obwohl sie seit vier Jahren vor aller Augen liegt. Die Äußerungen der Organe der Außen-seiter (ich will mich dieses mildesten Ausdrucks bedienen) werden mit Vorliebe von liberalen und sozialdemokratischen Blättern aufgegriffen und gegen das Zentrum, einzelne Zentrumsabgeordnete oder Zentrumspublizisten, gegen den Volksverein für das katho-

lische Deutschland, die christlichen Gewerkschaften usw. ausgeschlachtet. Die „Ideenverbindung“ ist die gemeinsame Abneigung gegen das Zentrum, so wie es ist und erhalten bleiben soll. Daher die Geflissentlichkeit der genannten Presse, aus den Organen der Außenseiter alles zusammenzutragen, was diesem Kampf gegen das Zentrum dienlich erscheint. Das eine oder andere Organ der Außenseiter wird heute nur noch von liberalen und sozialdemokratischen Blättern benutzt.

Wer den Inhalt dieser Organe der Außenseiter jede Woche zu verfolgen genötigt ist, begegnet in einzelnen derselben einem wahrhaft betäubenden Maße von Leidenschaft und Haß — man kann es nicht anders bezeichnen — das dort mehr oder weniger verhüllt oder deutlich zutage tritt. Das ist, ich wiederhole es, die in dem oben bezogenen Artikel der Kölner Volkszeitung gemeinte „Ideenverbindung“ zwischen liberalen und sozialdemokratischen Organen und jenen Außenseitern: die gemeinsame Bekämpfung der ihnen, wenn auch aus verschiedenen Gründen, mißliebigen Zentrumsparlei in ihrer gegenwärtigen Verfassung. Ganze Druckbogen könnten mit hierhin gehörigem Material gefüllt werden. Ich verzichte darauf. Diese Dinge beruhen ja auch in der Notorietät, ebenso die Tatsache, daß einzelne der Zentrumsparlei besonders abgeneigte Presseorgane einzelnen der katholischen Außenseiter in ihren Spalten viel weißes Papier zur Verfügung gestellt haben, um den Kampf gegen die angeblich nicht hinreichend katholische „Kölner Richtung“ zu führen.

Die Hauptsache ist und bleibt: Die Zusammenstellung der gegnerischen Pressestimmen „ohne Ausschließung aller Schiefheiten“, wie Herr Roeren sich S. 118 ausdrückt, soll offenbar der Grundtendenz der ganzen Schrift dienen: die Anhänger der „Kölner Richtung“ als verdächtige Katholiken hinzustellen. Die Pressestimmen sollen in Roeren-Schopenschem Sinne zeigen, „wohin der Kurs geht“. Diese Verdächtigung wird am Schlusse der Schrift mit einem deutlichen Winke nach Rom unverhüllt (S. 131) ausgesprochen.

Aber damit noch nicht genug! Herr Roeren schreibt weiter auf derselben Seite 131: „Nach der Sprache der Presseorgane, die zur Zeit noch das Wort führen, und der frondierenden Kongressredner auf den Gewerkschafts- und anderen Versammlungen schien es so, als sei der Papst von der katholischen Bevölkerung verlassen.“ Das ist wieder der deutliche Wink nach Rom: Nur wir, die um mich (Roeren), wir, die Osterdienstagsleute sind allein noch papsttreu, allein noch wahre wirkliche Katholiken. So klang und klingt es ja auch seit Jahren aus denjenigen ausländischen Presseorganen heraus, welche ihre Informationen aus den Teilnehmern an der Osterdienstagskonferenz nahestehenden Kreisen empfangen und einen wahren Verdächtigungs- und Verleumdungsfeldzug gegen die große Mehrheit der deutschen Katholiken geführt haben.

In Wahrheit handelt es sich im sog. „Zentrumsstreit“ nicht um ein Mehr oder Weniger an „Papsttreue“ — niemand, auch in der „Kölner Richtung“, verweigert dem Papste die Ehrerbietung, die Verehrung und den Gehorsam, welche jeder Katholik dem Oberhaupte seiner Kirche schuldet — sondern um die Frage, ob das Zentrum, so wie es war und ist, fortbestehen, oder ob man ihm den Charakter einer konfessionell-kirchlichen Partei aufdrücken soll. Diese Frage hat vor allem die Zentrumsparlei zu entscheiden, und sie hat sie in allen ihren maßgebenden Organisationen entschieden.





10. Die Organisationen der Zentrumspartei und die Definition der Osterdienstagskonferenz.

Die führenden Persönlichkeiten der Osterdienstagskonferenz haben scharfe Kritik an dem Zentrum geübt bzw. üben lassen, obwohl, wie mir von Führern des Reichstagszentrums versichert worden ist, die Herren Roeren und Bitter während ihrer Zugehörigkeit zur Reichstagsfraktion auch nicht in einem einzelnen praktischen Falle den leisesten Zweifel darüber erhoben haben, ob ein Vorgehen der Fraktion „im Einklang mit der katholischen Weltanschauung“ sei. Die führenden Persönlichkeiten der Osterdienstagskonferenz haben es auch im Anschlusse an diese Konferenz nicht für nötig erachtet, an irgendeine der zunächst in Betracht kommenden Zentrumsorganisationen sich zu wenden, weder an den Provinzialausschuß der Rheinischen Zentrumspartei, in deren Vorort die Osterdienstagskonferenz getagt hat, noch an die Zentralorganisation, den Landesausschuß der Preussischen Zentrumspartei. Dagegen sind die Beschlüsse der Osterdienstagskonferenz durch Schreiben vom 12. Mai 1909 durch die Reichstagsabgeordneten Bitter und Roeren dem Episkopat unterbreitet worden. In diesem Schreiben heißt es, „im eigenen Lager“ werde „vielerseits eine sogenannte interkonfessionelle Kulturgemeinschaft angestrebt mit dem Ziele, die Religion auf die Gotteshäuser der Religionsgemeinschaft zu beschränken, um auf diese Weise eine Versöhnung der Konfessionen auf nationalem Boden herbeizuführen“. Um der „Weiterentwicklung einer solch verhängnisvollen Richtung entgegenzutreten“, müsse „Organisation

gegen Organisation gesetzt“ werden. Eine solche Organisation einzuleiten, sei der Zweck der Osterdienstagskonferenz gewesen. Im Lande wurde für die Beschlüsse dieser Konferenz eifrig Propaganda gemacht.

Angesichts dessen trat am 28. November 1909 in Berlin der Landesausschuß der Preussischen Zentrumsparlei zu einer Sitzung zusammen, an welcher auch die Vorstandsmitglieder der Reichstagsfraktion des Zentrums teilnahmen, weil damals der Reichsausschuß der deutschen Zentrumsparlei noch nicht konstituiert war. Nach eingehender Beratung erließ der Landesausschuß die nachstehende Erklärung:

Die vereinigten Vorstände der beiden Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses sowie der Landesausschuß der preussischen Zentrumsparlei sind der Meinung, daß es gegenüber den fortgesetzten Mißdeutungen des Charakters der Zentrumsparlei genügen könne, auf das seit 1871 unverändert bestehende Programm und die fast vierzigjährige Tätigkeit des Zentrums zu verweisen. Sie glauben gleichwohl folgendes erklären zu sollen:

Die Zentrumsparlei ist grundsätzlich eine politische nichtkonfessionelle Partei: sie steht auf dem Boden der Verfassung des Deutschen Reiches, welche von den Abgeordneten fordert, sich als Vertreter des gesamten deutschen Volkes zu betrachten. Darum erstrebt die Zentrumsparlei den Schutz und die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger, deren Interessen sie in steter Rücksicht auf die Wohlfahrt des Ganzen und auf das Gedeihen aller Klassen zu vertreten sucht.

Schon das Programm der Zentrumsfraktion des Reichstags von Ende März 1871 verlangt unter Ziffer 2: „Für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reichs ist die verfassungsmäßige Feststellung von Garantien zu erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen.“ Mit diesem grundsätzlichen Charakter steht keineswegs in Widerspruch, daß die Zentrumsparlei in den langen Jahren des Kulturkampfes die Abwehr der gegen den katholischen Volksteil gerichteten Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung als erste und dringendste Aufgabe betrachten mußte, und daß es auch heute noch eine ihrer vornehmsten Pflichten ist, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der katholischen Minderheit zu wahren. Auch in der Erfüllung dieser Pflicht hat die Zentrumsparlei niemals den Charakter einer politischen Partei verleugnet, welche auf den rechtlichen Grundlagen eines konfessionell gemischten Staates zu wirken berufen ist.

Abgesehen von dem Programm bietet die Tatsache der Zugehörigkeit fast aller ihrer Wähler und ihrer Abgeordneten zur katholischen Kirche

genügende Bürgschaft dafür, daß die Zentrumsparthei die berechtigten Interessen der deutschen Katholiken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nachdrücklichst vertreten wird. Dadurch verliert aber die Zentrumsparthei nicht den Charakter einer rein politischen Partei.

Die Zentrumsparthei hat die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Angehörigkeit zum katholischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht, und die Zentrumsfraktion des Reichstages hat auch tatsächlich bis heute stets Angehörige eines nichtkatholischen Glaubensbekenntnisses zu ihren Mitgliedern gezählt, welche allen, auch ihren intimsten Verhandlungen beigezogen haben. Dabei ist es als selbstverständlich zu betrachten, daß in denjenigen Fragen, welche das religiöse Gebiet berühren, sich jeder Abgeordnete nach den Grundsätzen seines Glaubensbekenntnisses richtet.

Ein solches Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer innerhalb der Zentrumsparthei ist ein wertvolles Unterpfand für die Förderung des Friedens unter den christlichen Konfessionen und erleichtert es, auch dasjenige wirksam zu schützen, das denselben gemeinsam ist. Und daß es ein weites Gebiet solcher gemeinsamen Grundsätze und gemeinsamen Interessen gibt, lehrt das öffentliche, insbesondere auch das politische Leben alle Tage.

In diesem Geiste wird die Zentrumsparthei, fest auf dem Boden der Verfassung stehend, auch fernerhin bestrebt sein, unbeirrt durch die das Gemeinwohl schädigende konfessionelle Hege, ihre Pflicht gegen das deutsche Vaterland zu erfüllen.

Diese Erklärung läßt sich auf doktrinaire Erörterungen nicht ein, stellt sich klar und entschieden auf den Boden des Zentrums, wie es war und ist, und läßt damit erkennen, daß der Landesausschuß der preußischen Zentrumsparthei von einer Charakterisierung des Zentrums, wie die Osterdienstagskonferenz sie für notwendig hielt und die Roerensche Schrift sie noch heute für notwendig hält, nichts wissen wollte. Wenn Herr Oberlandesgerichtsrat Roeren den Schein zu erwecken sucht, als widerspreche die Erklärung des Landesausschusses der Zentrumsparthei nicht der Definition der Osterdienstagskonferenz, so weiß ich, daß Herr Kaplan Schopen in diesem Punkte ganz gegenteiliger Meinung ist. Und Herr Kaplan Schopen war der Einberufer der Osterdienstagskonferenz, er hat den einleitenden Vortrag gehalten und das Protokoll über die Verhandlungen abgefaßt und ist auch später bis in die jüngste

Vergangenheit fortgesetzt im Sinne der Osterdienstagskonferenz tätig gewesen.

Die Erklärung des Landesausschusses wurde einstimmig beschlossen, nachdem der Abgeordnete Roeren seinerseits in jener Sitzung ausdrücklich erklärt hatte:

Weil die Definition des Charakters des Zentrums in Satz 1 der Beschlüsse der sogen. Osterdienstagskonferenz zu Mißdeutungen Anlaß gegeben hat, trete ich auf den Boden der in der heutigen Versammlung vorgeschlagenen Erklärung über den Charakter des Zentrums.

Da die Preßpolemik in der von der Osterdienstagskonferenz aufgeworfenen Frage fortbauerte und insbesondere an verschiedenen Stellen unter Beteiligung des Abgeordneten Roeren die Propaganda für die Beschlüsse der Osterdienstagskonferenz weiter betrieben wurde, trat der Landesausschuß der preussischen Zentrumspartei am 24. Oktober 1910 in Berlin erneut zusammen. Nach eingehender Beratung gab in der Sitzung der Abgeordnete Roeren jetzt die folgende (in seiner Schrift im Wortlaute nicht mitgeteilte) Erklärung ab, deren Veröffentlichung beschlossen wurde:

1. Ich trete nunmehr unzweideutig und vorbehaltlos auf den Boden des Beschlusses des Landesausschusses vom 28. November 1909 und werde alle weitere direkte oder indirekte Vertretung einer anderen Formulierung unterlassen.

2. Nachdem sich gezeigt hat, daß die Schopen'sche Broschüre „Köln eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus“ die Einigkeit in der Zentrumspartei gefährden kann, will ich die frühere Empfehlung derselben nicht mehr aufrecht erhalten.

3. Ich hoffe und wünsche, daß der ganze Streit, der sich an die sogenannte Osterdienstagskonferenz geknüpft hat, auf seiten der Teilnehmer der Konferenz wie ihrer Gegner weder in der Presse noch in Versammlungen fortgesetzt wird.

Zum Verständnis der Nr. 2 dieser Erklärung ist zu bemerken: Die Broschüre des Kaplan Schopen „Köln eine innere Gefahr für den Katholizismus“, welche in die düster-phantastische Prophezeiung ausklang: nach dem Siege der „Kölner Richtung“ könne „ein weiterer Versuch, den katholischen Geist der Kirche in Deutschland zu erhalten,

nicht mehr erwartet werden“, war Herrn Koeren in Fahnenabzügen vorgelegt worden. Herr Koeren hatte diese genau durchgesehen, wobei er manche Stellen bemängelte, aber nur darum, weil sie nicht scharf genug gegen die „Kölner Richtung“ seien. Herr Koeren hatte allerdings die Veröffentlichung widerraten, jedoch lediglich aus taktischen Gründen, später aber in einer Zuschrift an die Köln. Volksztg. (Nr. 523 vom 23. Juni 1910) erklärt: nach seiner Ueberzeugung verdiene die Schrift trotz einiger Uebertreibungen „wegen der durchaus zutreffenden grundsätzlichen Darlegung des Streitcs die weiteste Verbreitung“.

Ueber jene Verhandlungen des Landesauschusses der preußischen Zentrumsparlei ist eine Mitteilung nicht an die Dcffenlichkeit gelangt. Teilgenommen haben an denselben nahezu alle führenden Persönlichkeiten der Zentrumsfraktionen des Deutschen Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses, u. a. die Abgg. Dr. Frhr. v. Hertling, Dr. Porsch, Fehrenbach, Fritzen (Düsseldorf), Gröber, Herold, Hize, Graf Prashma, Dr. Bichler, Dr. Schaedler, Trimbom.

Am 14. März 1912 hat dann auch in der Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, deren Vorstand der Abgeordnete Koeren angehörte, eine Erörterung über den „Zentrumsstreit“ stattgefunden, welche zur Folge hatte, daß der Abgeordnete Koeren seine Mandate zum Abgeordnetenhause und zum Reichstage niederlegte, weil die Auseinandersetzungen in der Fraktion ergeben hätten, „daß eine Verteidigung des von mir vertretenen Grundsatzes, selbst den fortgesetzten Provokationen gegenüber, für mich in meiner Stellung als Mitglied der Fraktion als ausgeschlossen gelten muß“. In der betreffenden Erklärung, datiert Febr. 1912, heißt es weiter: „Diejenigen der Gegner, die vielleicht jetzt eine Verschärfung des »Streites im eigenen Lager« erhoffen, werden jedenfalls, was meine Person angeht, sich enttäuscht sehen.“

Wie stimmt dieser Satz vom Februar 1912 überein mit der

Tatsache, daß Herr Koeren anderthalb Jahre später eine Schrift herausgibt, welche den ganzen „Zentrumstreit“ wieder ansacht und zu einer Erwiderung geradezu nötigt?

Innerhalb der Zentrumspartei sind alle Organisationen, welche sich nach den Beschlüssen des Landesausschusses mit dem „Zentrumstreit“ befaßt haben — insbesondere der Augustinusverein und mehrere Provinzialausschüsse der Zentrumspartei — dem Landesausschusse beigetreten und haben damit die Definition des Zentrums im Sinne der Osterdienstagskonferenz abgelehnt.

Der Reichstagsabgeordnete Bitter, welcher Vorsitzender der Osterdienstagskonferenz gewesen war, wurde bei den Neuwahlen im Jahre 1912 in seinem bisherigen Wahlkreise nicht wieder aufgestellt. Der Reichstagsabgeordnete Graf v. Dppersdorff, welcher im Sinne der Osterdienstagskonferenz, aber dieselbe überbietend, öffentlich aufgetreten war, erlangte kein neues Mandat in seiner Heimatprovinz Schlesien und wurde in der Provinz Posen nur durch die ausschlaggebenden Stimmen der Polen gewählt. So war also innerhalb der organisierten Zentrumspartei eine klar erkennbare Scheidelinie mit Bezug auf den Streit um den Charakter des Zentrums gezogen.

Alle diese Geschehnisse sind zwar im ersten Bande dieser Sammlung von meinem Redaktionskollegen Dr. Hoerber im wesentlichen bereits dargelegt worden. Ich mußte sie aber im Zusammenhange hier noch einmal kurz erwähnen.

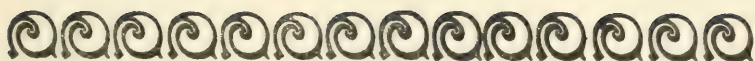


Der Vollständigkeit halber sei verzeichnet, daß im Oktober 1913 die alljährlichen Parteitage der Rheinischen Zentrumspartei für die Regierungsbezirke Trier, Koblenz, Köln und Düsseldorf einhellig gegen die Bestrebungen der Außenseiter Stellung genommen haben. Selbst auf dem in Wittlich abgehaltenen Parteitage für den Regierungsbezirk Trier, in welchem ein Wochenblatt der Außenseiter

erscheint, hat sich nicht eine einzige Stimme zugunsten jener Gruppe erhoben.

Von den sonstigen Kundgebungen zum „Zentrumsstreit“ seit dem Erscheinen der ersten Auflage meiner Schrift ist nach allgemeinem Urteil die bemerkenswerteste die bereits erwähnte, am 20. Oktober 1913 in Arefeld gehaltene Rede des Justizrats Dr. Karl Bachem-Steglich, welche in einer Sonderausgabe im Verlage der Niederrheinischen Volkszeitung in Arefeld erschienen ist.





II. Schluß.

Es soll nun nicht geleugnet werden, daß in manchen katholischen Kreisen, besonders solchen, welche dem öffentlichen Leben mit seinen Aufregungen und Anstrengungen sich fernhalten, auch heute noch unzureichende Klarheit und unbegründete Befürchtung mit Bezug auf den Kernpunkt dieses „Streites“ herrscht. In der ersten Auflage dieser Schrift hatte ich im Anschluß hieran bemerkt: „Auch unter den Mitgliedern der Zentrumsfraktionen mag es noch einzelne geben, welche mehr oder weniger mit den Koerenschen Bestrebungen sympathisieren, ohne über die letzten Konsequenzen sich völlig klar geworden zu sein.“

Aus führenden Kreisen des Zentrums hat man diesem letzten Satze widersprochen, unter Hinweis auf die Rede, welche Geheimrat Dr. Porstch am 13. Mai 1913 in einer Zentrumsversammlung zu Glas gehalten hat. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, welcher in der Frage nach dem Charakter des Zentrums dieselbe Stellung eingenommen hat, wie der Verfasser dieser Schrift, äußerte nach dem Bericht der Schles. Volksztg. (Nr. 221 vom 16. Mai 1913):

Was meine wiederholten Reden über den Charakter des Zentrums anbetrifft, so habe ich in diesen nicht etwa meine persönliche Meinung gesagt, sondern die Auffassung aller maßgebenden Instanzen vertreten. Wir haben in der Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, als Zweifel über den Charakter des Zentrums ausgesprochen wurden, schon am 19. Februar 1908 eine lange Aussprache über diese Frage gehabt, die eine einmütige Auffassung der Sachlage ergab. Wir haben den Inhalt dieser Auseinandersetzung schriftlich fixiert, und das Protokoll, das Herr Abg. Marx aufgestellt hat und das ich mitunterzeichnet habe, wurde daraufhin der Fraktion vorgelegt, die sich einstimmig damit einverstanden erklärt hat. Was ich später ausgeführt habe, ist nur das, was in der Zentrumsfraktion 1908 schon festgelegt wurde.“

Zu meinem Teil hoffe ich, daß die gegenwärtige Darlegung eines überzeugten Katholiken und alten Zentrumspolitikers etwas

dazu beitragen wird, Unklarheit und Besorgnis, wo sie noch bestehen, zu erhellen bezw. zu zerstreuen.

Herr Oberlandesgerichtsrat Roeren scheint durch seine Schrift von der Entscheidung der maßgebenden Autoritäten der deutschen Zentrumspartei an das katholische Volk, welches die Masse der Zentrumswähler stellt, appellieren zu wollen. Ich zweifle aber nicht, daß dieses Volk, soweit es politisch geschult, mit der Geschichte des Zentrums vertraut und durch die Erfahrungen der letzten vierzig Jahre gewißigt ist, im Interesse des Vaterlandes wie der deutschen Zentrumspartei und nicht zum wenigsten im Interesse der katholischen Minderheit des deutschen Volkes, für welche das Zentrum in seiner gegenwärtigen Verfassung so viel geleistet und noch zu leisten hat, den Spruch fällen wird: Die Berufung wird verworfen.

Die Lage innerhalb der Zentrumspartei nach Erscheinen der Roerenschen Schrift ist durchaus zutreffend gezeichnet worden durch die nachstehenden Sätze, welche einer der angesehensten und ältesten Publizisten der Zentrumspartei, Fritz Nienkemper, in seiner Korrespondenz geschrieben hat:

Das Zentrum ist eine politische Partei. Ueber deren Wesen und Definition will die kirchliche Autorität nicht entscheiden. Auch die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands oder deren Präsident hat niemals den Anspruch erhoben oder den Versuch gemacht, der Zentrumspartei politische Direktiven zu geben. Die Frage, ob das Zentrum eine katholisch-konfessionelle Partei sei oder nicht sei, ist endgültig von den geordneten Parteiinstanzen selbst zu entscheiden. Diese haben gesprochen. Damit ist der Streit innerhalb der Partei ausgeräumt. Wer sich dem Spruche der Parteiautorität nicht fügen will, stellt sich außerhalb der Partei. Die Natur des Zentrums als einer politischen Partei bringt es mit sich, daß dort ein Nebeneinander von Richtungen und Bestrebungen, die über das Wesen der Partei auseinandergehen, nicht möglich ist. Wer Parteimitglied sein und bleiben will, muß sich der Autorität der geordneten Parteiinstanzen fügen. Kann oder will er das nicht, so ist leider die Trennung vollzogen. Die weitere Auseinandersetzung hat dann den Charakter eines häuslichen Zwistes verloren.

An diesem Stande der Dinge wird die Roerensche Schrift nichts ändern. Das Zentrum bleibt, wie es ist und war.

Die Prophezeiungen zum Weltkrieg 1914/15.

Dargestellt von Prof. Dr. Friedrich Zurbonsen.

Viertes bis sechstes Tausend.

Geheftet M 1.80.

Gebunden M 2.40.

„Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Kriegsahnungen und Weissagungen bewegen schon seit langem das Volksgemüt. — Und nun, wo das „furchtbar wütende Schrecknis“ Ereignis geworden ist, werden die ältesten Scharteken der Magie und Prophetie nach Beziehungen zu ihm durchwühlt. Was man solchen Glaubens voll finden will, bietet auch mit Sicherheit zur rechten Zeit sich dar. Hoch über solchen Faselern, denen sich die Betrüger aller Grade würdig anschließen, stehen die Dichter und Seher, deren Worten aber immer nur verhältnismäßig kleine Volksteile lauschen und glauben. Da mag man zuweilen staunen, wie wahr sie gesehen haben. — Wir können der Vorsehung ganz besonders danken, daß sich bei uns Männer der Tat fanden, die mit ihnen verbunden, in klarer Erkenntnis der kommenden Schrecken ihre ganze Kraft der Vorbereitung, der Erziehung und Erziehung des Volkes zum Kriege widmeten. — Alle diese Kriegsweissagungen sind natürlich von hohem kulturgeschichtlichem Interesse und es ist kein geringes Verdienst des Verfassers, sie in mühevoller Arbeit zusammengestellt zu haben. — Mit Zurbonsen sind wir der Zuversicht voll: Die Deutsche Volkskraft kann nimmer vernichtet werden; das deutsche Schwert, geschmiedet und geführt vom „weißen Fürsten“ der Gegenwart, wird alle um uns tobenden höllischen Mächte zerschmettern. — Wir ahnen einen neuen deutschen Frühling, und die Augen des Sehers schauen weiter!“ (Die Hochwacht.)

Von demselben Verfasser sind ferner erschienen:

Die Völkerschlacht der Zukunft „am Birkenbaum“. Sagen-
geschichtlich dargestellt. 7. und 8. Tausend. Geheftet M 2. —
Gebunden M 2.80.

**Das Zweite Gesicht („Die Vorgeschichten“) nach Wirklich-
keit und Wesen.** 3. vermehrte Auflage. Geheftet M 2. —
Gebunden M. 2.80.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Mit Herz und Hand fürs Vaterland

Ein Kriegsgedenkbuch 1914.

Herausgegeben von Dr. Otto Thissen.

Ein starker Band fl. 4⁰⁰.

Geheftet M 3.60. Gebunden M 4.60

Dieses Werk enthält eine Auslese der besten Aufsätze, Schilderungen, Erzählungen und Gedichte zur Kriegslage, die bis Ende 1914 in der Kölnischen Volkszeitung veröffentlicht worden sind. Es sind durchweg Originalarbeiten von dauerndem Werte, nach einheitlichen Gesichtspunkten zusammengestellt und ergänzt. Sie geben ein Spiegelbild der gewaltigen Arbeit, die unser deutsches Vaterland in und hinter der Front geleistet hat und noch fortwährend leistet. Ein weiterer Band über die Ereignisse des Jahres 1915 folgt.



Das Buch haben huldvollst entgegengenommen:

Se. Majestät der deutsche Kaiser, Se. Majestät der König von Bayern, Se. Majestät der König von Sachsen, Se. Kaiserl. u. Kgl. Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen, Se. Königl. Hoheit der Kronprinz von Bayern, Se. Königl. Hoheit der Herzog von Württemberg, Se. Königl. Hoheit Prinz Leopold von Bayern.

Ferner nahmen das Werk entgegen und ließen der Verlagehandlung anerkennende Schreiben zugehen:

Reichskanzler von Bethmann Hollweg, Großadmiral von Tirpitz, Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes, Admiral von Pohl, Chef der Hochseestreitkräfte, Generalleutnant von Wandel, stellvertr. Kriegsminister, General d. J. von Falkenhayn, Chef des Generalstabes des Feldheeres, Generalfeldmarschall von Hindenburg, Generalfeldmarschall Graf von Haeseler, Generalfeldmarschall von Mackensen, Generalfeldmarschall von Bülow, Generalfeldmarschall von der Goltz Pascha, Generaloberst von Woyrsch, Generaloberst von Kluck, Generaloberst von Einem, Generaloberst Freiherr von Bissing, General-Gouverneur von Belgien, General d. A. von Gallwitz, General d. J. von Below, Kom. General d. J. von Gayl, Stellvertr. General-Kommando des VII. A.-Korps, Münster, Kom. General d. J. von Ploetz, Stellvertr. General-Kommando des VIII. A.-Korps, Coblenz u. a. m.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Küstzeug der Gegenwart

Eine Sammlung von religiösen, philosophischen
und apologetischen Tagesfragen. (Neue Folge.)

Herausgegeben von Dr. Jos. Froberger.

Bis jetzt sind erschienen:

- Band 1: **Die religiösen Pflichten des gebildeten Laien-**
standes. Von Dr. Karl Hoeber. Geheftet
M. 0.60.
- Band 2: **Der Entwicklungsgedanke in Religion und**
Dogma. Von Professor Dr. Arnold Hade-
macher. Geheftet M. 1.80, gebunden M. 2.40.
- Band 3: **Idole des zwanzigsten Jahrhunderts.** Religiös=
wissenschaftliche Vorträge von Otto Cohausz, S. J.
Zweite Auflage. Geheftet M. 2.80, gebunden M. 3.40.

In Vorbereitung befinden sich:

als folgende Bände Beiträge von

Prof. Dr. **Grabmann**, über Moderne Kultur.

Prof. Dr. **Wunderle**, über Euckens Philosophie.

Prof. Dr. **Lang**, über Nietzsche.

778 56

Zeit- und Streitfragen der Gegenwart

Eine Sammlung von Schriften zur politischen und kulturellen Tagesgeschichte.

Herausgegeben von Dr. Karl Hoerber.

Bis jetzt sind erschienen:

- Band 1: **Der Streit um den Zentrumscharakter.** Von Dr. Karl Hoerber. Geheftet M. 1.80, gebunden M. 2.40.
- Band 2: **Das Zentrum wie es war, ist und bleibt.** Von Dr. Julius Bachem. Zweite vermehrte Auflage. Geheftet M. 0.80, gebunden M. 1.20.
- Band 3: **Die Parität und die deutschen Katholiken.** Von Dr. oec. publ. Hans Kost. Geheftet M. 1.60, gebunden M. 2.—.
- Band 4: **Italien und das Garantiegesetz.** Von Professor Dr. G. J. Ebers. Geheftet M. 1.20, gebunden M. 1.60.
- Band 5: **Der Krieg und das Schicksal der Kirchen Frankreichs.** Eine deutsche Antwort auf französische Anklagen. Von Dr. theol. et iur. et phil. Joseph Lühr. Geheftet M. 1.—, gebunden M. 1.40.

In Vorbereitung sind:

- Band 6: **Die romanische Freimaurerei und der Weltkrieg.** Von Dr. iur. H. Brauweiler.
- Band 7: **Die Neutralität Belgiens.** Von Professor Dr. G. J. Ebers.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

JN
3946
.Z5
B3

Bachem, Julius, 1845-1918.
Das Zentrum, wie es war, ist
und bleibt --

